

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe
nummer 22

März /April 2004

Bürgerbegehren
Schuhstraße geht
an die Urne

Rechtsextremist
muß ins Gefängnis



Abschiebung
einer
Minderjährigen

Interview zu den
Arbeitsmarkt-
gesetzen

Inhalt

Stadt Celle erschwert Bürgerentscheid - schon deshalb: Wählen gehen!Seite	03
Abschiebung einer Minderjährigen ins türkische Kinderheim ?Seite	05
Ausgrenzung statt Integration Celle - Flüchtlingsunterkunft nimmt Betrieb auf . . .Seite	06
Der Rechtsextremist Klaus Hellmund muß ins GefängnisSeite	07
Lokales - Meldungen . .Seite	08
Vor 100 Jahren: Völkermord in Afrika - Ein Kapitel deutscher Geschichte . .Seite	11
Interview zu den Arbeitsmarktgesetzen Radikaler Sozialbau und Lohndumping als Ziel . .Seite	12
Literatur Bergen-Belsen von "außen" und "innen"Seite	15
Festschrift Realschule	
WesterzelleSeite	16
Zwangsarbeit in der Lüneburger HeideSeite	17
BelletristikSeite	18
Faktischer Freispruch für Schienendemonstranten . .Seite	20
Filmreihe über Flüchtlinge in DeutschlandSeite	21
Termine im Kino 8 ¹ / ₂ . .Seite	22
TermineSeite	23



Hallöchen,

und wieder ist sie fertig geworden, Eure revista. Nun müsste Ihr alle fleißig lesen.

Wir haben mit Schrecken gesehen, dass von der letzten Ausgabe eine große Menge liegen geblieben ist. Das ist super-schade und wir fragen: woran lag das?

Weil Weihnachtsferien waren? Oder weil Ihr nicht angekommen seid? Für den Fall gibt es die Möglichkeit, uns fünf Euro zu überweisen (sh. Impressum) und Ihr bekommt fünf Ausgaben nach Hause geschickt.

Ansonsten freuen wir uns auch, wenn Ihr die Zeitung verteilen wollt, in der Schule, im Freundeskreis, in Eurer Lieblingskneipe oder wo Ihr sonst noch so unterwegs seid. Meldet Euch oder holt die revistas im Bunten Haus ab.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist Mitte Mai.

So, bis zum nächsten mal und viel Vergnügen beim lesen wünscht

Eure revista-Redaktion

Impressum:
Revista, Nr.22
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
em@il: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Stadt Celle erschwert Bürgerentscheid - schon deshalb:
Wählen gehen!

Bürgerbegehren Schuhstraße geht an die Urne



Rund 8000 Unterschriften für den Erhalt der Fußgängerzone hat die Initiative "Bürgerbegehren Schuhstraße" dem Oberbürgermeister Ende Februar überreichen können. Die zur Einleitung eines Bürgerentscheids erforderlichen 6000 - alle erforderlichen Kriterien erfüllenden - Unterschriften dürften damit erreicht sein. Nach Redaktionsschluss wird der Verwaltungsausschuss der Stadt eine Wahlsatzung verabschieden und voraussichtlich den 25. April 2004 als Wahltermin festlegen. Dort ist die nächste Hürde zu nehmen: 25 % der Wahlberechtigten müssen dem Bürgerbegehren zustimmen - rund 14.000. Mit der von ihm vorgelegten Wahlordnung versucht Biermann genau dieses zu verhindern.

Es ist ein großartiger Erfolg, den die Schuhstraßen-Initiative im ersten Schritt eingefahren hat. Gegen die geballte Macht von Verwaltungsspitze und Cellescher Zeitung die erforderlichen Unterschriften zusammengebracht zu haben - Hut ab. Zudem war's der erste Versuch in Celle überhaupt, das 1996 in Niedersachsen eingeführte Instrument des Bürgerbegehrens gegen eine Ratsentscheidung einzusetzen.

Worum geht's: Die Stadt verkündete im Sommer letzten Jahres, jenen Teil der Schuhstraße, der Fußgängerzone ist, wieder für den Autoverkehr zu öffnen. Fast alle AnwohnerInnen, GeschäftsinhaberInnen und MarktbesucherInnen sprachen sich gegen dieses Projekt aus. Sie finden die Fußgängerzone für ihren Alltag und ihre Geschäfte schlicht besser als durch die Straße tuckenden Verkehr. Das war eigentlich schnell deutlich geworden, denn die Initiative, die sich gegen die Pläne der Stadt gründete, machte etwas, von dem Verwaltung und Politik augenscheinlich nicht viel halten: Mitglieder der Initiative kommunizierten einfach mit den Betroffenen, fragten diese, was sie von den Plänen halten - und kamen zu dem dann auch von niemandem bestrittenen Ergebnis, dass weder Anwohner, noch Geschäfte und noch Marktbesucher dafür sind. Selbst bei einer Befragung der GeschäftsinhaberInnen der gesamten Altstadt waren nur 9 % für eine Öffnung der Schuhstraße.

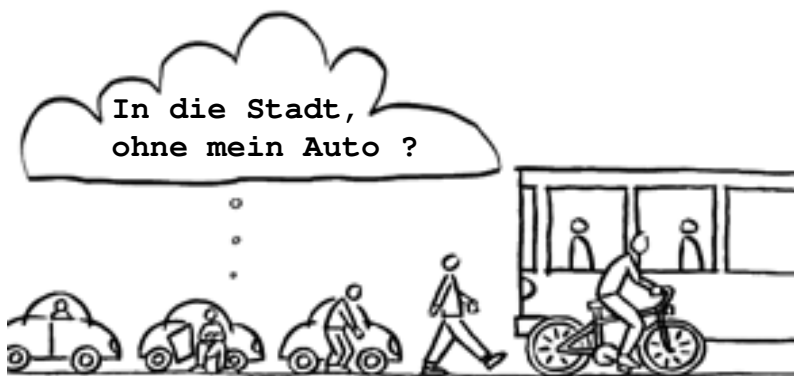
Trotz der eindeutigen Ablehnung seitens der SchuhstraßenbewohnerInnen beschlossen CDU, FDP und WG im Rat dennoch am 11.9.2003 die von der Verwaltung vorgelegte Verkehrs-"konzeption". Die Begründungen nahmen dabei einen interessanten Wandel. Im Frühjahr 2003 war behauptet worden, der Leerstand von Geschäften in der Schuhstraße zwingt zum Handeln. Dieses Argument tauchte nicht mehr auf, seit die Geschäftsinhaber deutlich machten, dass sie sich von einer Öffnung der Schuhstraße nichts versprechen. Im Sommer wurde es dann "visionär", und Biermann trat als "Herr der Ringe" auf (und ist dabei doch nur - siehe unten - "Diener der Macht"). Der ganze Stadtkern würde davon profitieren, wenn neben einem - schon vorhandenen - äußeren Verkehrsring noch einer direkt ums Zentrum eröffnet würde. Viel Mystik, wenig Zahlen - denn Modellberechnungen z.B. der zu erwartenden Verkehrsströme gibt es bisher nicht oder zumindest nicht für die Öffentlichkeit.

Ein Ende der Fußgängerzone in der Schuhstraße hätte als eine der wichtigsten Konsequenzen die Verlegung des am Mittwoch und Samstag stattfindenden Wochenmarktes. Der soll, so wollen es Verwaltung und Ratsmehrheit, auf die Stechbahn kommen. Dafür hat die sonst so klamme Stadt auf einmal ein Investitionsvolumen von knapp einer Million Euro im Haushalt. Der Platz soll für den Marktbetrieb hergerichtet werden, d.h. u.a. neue Pflasterung, weg mit den Bäumen vor der Stadtkirche. Und auch hierbei wird gegen die Mehrheitsinteressen entschieden: 70% der befragten Standbetreiber sprachen sich gegen den Umzug des Marktes aus. Von den Geschäftsinhabern der Schuhstraße wünschen sich 95%, dass der Markt dort bleibt.

Weiter eröffnet sich eine Möglichkeit, die die Stadt ebenfalls umsetzen will: nämlich die Öffnung des westlichen Nordwalls für den gegenläufigen Verkehr. Der Schwenk durch die Fritzenwiese soll den AutofahrerInnen künftig erspart werden. Die Anwohner der Fritzenwiese werden sich freuen, vor allem aber soll es wohl dem Karstadt-Technik-Haus nutzen.

Und damit sind wir auch bei den Profiteuren der gesamten





Planungen: Die Geschäftsführer von Karstadt, Warg, Gebers, Dettmer+Müller und Lohse (die - wie sie selbst sich sehen - "Großen") befürworten die Konzeption. Für sie ist die Fußgängerzone "überdimensioniert". Erst auf ihre Initiative im Juli vergangenen Jahres hin wurde OB Biermann tätig. Augenscheinlich versprechen sie sich etwas von der Veränderung der Kundenströme. Es hat eine gewisse Plausibilität, dass MarktbesucherInnen, die vielleicht auf dem Schützenplatz parken, eher noch mal bei Karstadt reinschauen, wenn der Markt nicht mehr in der Schuhstraße, sondern auf der Stehbahn stattfindet. Die sogenannten 1A-Lagen werden nochmal aufgewertet. Dahinter steht eine Vorstellung von der Innenstadt als einem Qualitätswarenhaus, in dem tatsächlich KäuferInnenströme wie in einem SB-Markt gelenkt werden könnten. Und dazu gehört auch die Vorstellung, dass es Geschäftslagen bzw. Sortimente gibt, auf die man verzichten kann - z.B. die Schuhstraße.

Diese Interessen werden öffentlich natürlich nicht verhandelt. Da ist's vor allem auch die Cellesche Zeitung, die sich für Biermanns Pläne stark macht. Warum? Wer um die Abhängigkeit eines Lokalblattes von den Anzeigen der großen Geschäfte vor Ort weiß, kann sich leicht seinen Reim machen. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass dem neoliberale Zeitgeist Vorstellungen in den Kram passen, wonach "flanieren", d.h. die "unproduktive" Muße, als überflüssig gilt und einem "konsumieren" rund um die Uhr weichen muss. Und um keine Zeit zu "verschwenden", muss man halt möglichst nah an die Verkaufsparadiese heranfahren können. Ein "Mobilitätsfetisch" verbindet sich mit dem "Konsumfetisch". Zu dieser Ideologie passt es bestens, wenn die Bäume vor der Stadtkirche, die zugunsten der Marktfläche abgeholzt werden, durch künstliche "Lanzen" (wg. "Stechbahn") ersetzt werden.

Die 8000 Unterschriften dokumentieren nun andererseits, dass die BürgerInnen davon nicht viel halten. Die Motive mögen unterschiedlich sein, neben einem gewissen Konservatismus dürfte aber doch auch eine große Rolle spielen, dass man das Zentrum der Stadt nicht allein als "Konsum- und Eventtempel" sieht, dem alles unterzuordnen ist.

Bürgernähe würde sich jetzt dadurch auszeichnen, das eigentlich eindeutige Votum der BürgerInnen ernst zu nehmen und die Planungen einfach dem Papierkorb zu übergeben. Oberbürgermeister Biermann und die Ratsmehrheit aber machen das genauer Gegenteil. Mit der Wahlsatzung könnten sie verhindern, dass sich der BürgerInnenwille durchsetzt. Denn vieles, das für WählerInnen eigentlich Standard ist, soll für den Bürgerentscheid nicht gelten.

Es gibt keine Wahlbenachrichtigung, d.h. jenes Kärtchen, das ansonsten zu jeder Wahl zugestellt wird, soll es nicht geben. Man erfährt also nur durch eine Bekanntmachung in Cellescher Zeitung und Kurier, wann und wo man sich zur Abstimmung einfinden kann. So werden es viele BürgerInnen überhaupt nicht mitbekommen und andere werden aus Unsicherheit darüber, ob und wo sie abstimmen können, zu Hause bleiben.

Es soll keine Briefwahl geben. Bei allen Wahlen hat der Anteil der BriefwählerInnen zuletzt immer über 15 % gelegen, bei der Wahl des Oberbürgermeisters sogar bei über 20 %. Viele WählerInnen werden so daran gehindert, ihr Votum abzugeben. - Dass die Zahl der Wahllokale deutlich reduziert ist, ist dagegen fast schon bedeutungslos.

Begründet werden diese offensichtlichen Wahlhindernisse mit Kostengesichtspunkten. Auf der anderen Seite will die Verwaltung zur Meinungsbildung der BürgerInnen beitragen, indem man eine Broschüre für alle Haushalte erstellt. Da spielt das Geld dann eine untergeordnete Rolle.

Der Stadt geht es nicht darum, tatsächlich die Meinung möglichst vieler BürgerInnen zu erfahren. Es geht ihr darum, dass nicht genügend BürgerInnen sich an der Wahl beteiligen (können). Um die Absurdität deutlich zu machen: Martin Biermann ist mit 11.296 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt worden, also von nicht mal 20 % der Wahlberechtigten. Um eine einzelne Maßnahme zum Kippen zu bringen, braucht's vom Gesetz her mehr Stimmen, nämlich 25 %, also rund 14.000 Stimmen. Wäre die Stadt an einem breiten Votum interessiert, hätte sie den Bürgerentscheid mit der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni zusammgelegt. Der Bürgerentscheid soll aber schon am 25. April laufen.

Eine Wahlempfehlung an revista-LeserInnen: Egal, ob Ihr die Frage "Erhalt der Fußgängerzone" wichtig findet oder nicht - nehmt an dem Bürgerentscheid teil. Für die politische Kultur in dieser Stadt ist es von einiger Bedeutung, dass die selbstherrlichen Eliten mal einen Dämpfer bekommen. Dazu beizutragen, ist die Mühe eines Wahlgangs wert.

Weite Infos gibt es unter: www.celle-schuhstrasse.de



Abschiebung einer Minderjährigen ins türkische Kinderheim?

Landkreis Celle will 16-jährige Betülya Kilic ohne Angehörige abschieben

Der niedersächsische Flüchtlingsrat und PRO ASYL sind entsetzt über die Drohung des Landkreis Celle, die seit acht Jahren in Deutschland lebende, mittlerweile 16-jährige Betülya Kilic zwangsweise in ein Kinderheim in die Türkei abzuschicken, falls sie sich dem auf sie ausgeübten Druck nicht beugt und "freiwillig" ausreist. "Hier wird das Kindeswohl mit Füßen getreten", konstatiert Norbert Grehl-Schmitt vom Vorstand des Flüchtlingsrats: "Auch der Landkreis Celle hat gemäß den Bestimmungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes das Wohl des Kindes zum Maßstab seines Handelns zu machen. Davon kann im vorliegenden Fall allerdings keine Rede sein." Die Minderjährige wurde nach dem tragischen Tod ihres Vaters, der bei einem Autounfall ums Leben kam, vorübergehend von einer Nachbarfamilie aufgenommen und im August 1996 allein nach Deutschland geschickt. Die Mutter ist seit Jahren verschwunden. Seither lebt sie bei ihren Großeltern in Wietze, die sich bereits seit über 30 Jahren in Deutschland aufhalten und die Vormundschaft für das Mädchen übernommen haben.

Fest entschlossen, Betülya nicht in der Obhut ihrer Großeltern zu lassen, lehnte der Landkreis Celle die beantragte Aufenthaltsgenehmigung ab. Stattdessen bemühte man sich nach negativem Ausgang des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens vergeblich, in der Türkei Verwandte ausfindig zu machen, die bereit wären, das Mädchen aufzunehmen. Die in der Türkei lebenden Geschwister des Vaters haben eine Aufnahme des Mädchens abgelehnt, da sie arm sind und selbst kaum genug für ihren Lebensunterhalt haben. Jetzt hat der Landkreis Celle den Großeltern eine letzte Frist bis Ende Januar 2004 gesetzt, um eine "freiwillige Ausreise" zu organisieren. Danach werde die Abschiebung eingeleitet.

Auch der Landtag lehnte am 17.09.2003 eine für das Mädchen gestellte Petition nach "Sach- und Rechtslage" ab. In

Hält Landkreis still?

Der Landkreis Celle schiebt Betülya Kilic vorerst nicht ab. Das jedenfalls ist aus den Kreisen zu hören, die sich für ein Bleiberecht der jungen Türkin eingesetzt hatten. Die Großeltern sollen zugesagt haben, gemeinsam mit Betülya in die Türkei zurückzukehren, wenn ihre Enkelin ihre Ausbildung abgeschlossen hat. Die Proteste, die sich u.a. auch in einer Berichterstattung im Rundfunk und Fernsehen niedergeschlagen hatten, haben Wirkung gezeigt.

der Stellungnahme des niedersächsischen Innenministeriums heißt es dazu, es werde zwar "nicht verkannt, dass es sich um eine Fallkonstellation handelt, bei der die aufgrund der rechtlichen Vorgaben getroffene Entscheidung als sehr hart empfunden werden kann." Es müsse jedoch auch bedacht werden, dass der Großvater "die Einreisevorschriften missachtet und die Ausländerbehörden vor vollendete Tatsachen" gestellt habe. Die Großeltern hätten darauf hinwirken müssen, dass Betülya bei anderen Verwandten untergebracht würde.

Vollkommen unbeachtet bleibt in diesem bösen Spiel, welchen Schaden wohl die Entwicklung der Jugendlichen schon jetzt nimmt, die bei ihren Großeltern in Deutschland nicht bleiben soll und bei den Verwandten in der Türkei unerwünscht ist. Betülya hängt sehr an ihren Großeltern und hat Angst davor, erneut ihre engsten Bezugspersonen zu verlieren. Angesichts des jahrelangen Aufenthalts von Betülya in Deutschland und der gewachsenen Bindungen zu den Großeltern ist es mehr als zynisch, überhaupt darüber nachzudenken, das Mädchen aus dem Familienverband herauszureißen und in ein türkisches Heim abzuschicken. Um eine Abschiebung zu verhindern, haben die Großeltern sogar angeboten, nach Abschluss der Realschule im Juli 2006 gemeinsam mit Betülya in die Türkei zurückzukehren. So lange will die Ausländerbehörde jedoch nicht warten.

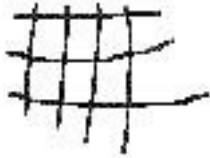
Der Fall der Betülya Kilic zeigt exemplarisch, wie wenig Kinderrechte hierzulande gelten, wenn die Ausländerbehörde durch sie den Vollzug des Ausländerrechts behindert sieht.

Dass es der Petitionsausschuss beim Hinweis auf die Sach- und Rechtslage bewenden lässt, belegt ebenso sehr die Notwendigkeit, das deutsche Ausländerrecht um eine Härtefallregelung zu ergänzen wie die Notwendigkeit, dem Wohl ausländischer Kinder und Jugendlicher den gebührenden Rang in der Rechtsordnung einzuräumen. Eine Abschiebung von Betülya in die Türkei würde das Wohl des Kindes missachten und wäre damit ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die die Bundesregierung wohlweislich nur mit einem - völkerrechtlich fragwürdigen - Vorbehalt unterschrieben hat. PRO ASYL und der Niedersächsische Flüchtlingsrat treten ein für die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention sowie den Schutz und die Rechte von Flüchtlingskindern. Betülya ist zwar nicht politisch verfolgt, ihre Trennung von ihren langjährigen Bezugspersonen wäre jedoch ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention, deren Maxime die Orientierung des Verwaltungshandelns am Kindeswohl vorsieht.

Pressemitteilung von Pro Asyl, 13. Januar 2004

Celle - Flüchtlingsunterkunft am Stadtteilrand nimmt
Betrieb auf

Ausgrenzung statt Integration



Im Februar begann die Stadt Celle mit der Belegung einer neuen Flüchtlingsunterkunft in dem 10 km vom Stadtkern entfernten Ortsteil Scheuen. Flüchtlingsinitiativen hatten dieses Projekt als Isolations- und Ausgrenzungsmaßnahme kritisiert.

Anfang des Jahres 2003 war in Celle eine Flüchtlingsunterkunft abgebrannt, die bundesweit vorher Schlagzeilen gemacht hatte, weil der Stadtrat sie mit einer Mauer versehen ließ. Statt endlich die von verschiedenen Seiten geforderte dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge umzusetzen, entschied sich die CDU/FDP-Ratsmehrheit, dem Vorschlag von Oberbürgermeister Biermann zu folgen und erneut eine "Massen"-Unterkunft einzurichten. Für knapp 100.000 Euro wurde ein Mehrfamilienhaus im Ortsteil Scheuen gekauft, in dem - in direkter Nachbarschaft zu einer Bundeswehrkaserne - vorher Offiziersfamilien gelebt hatten. Für den Umbau setzte die Stadt zusätzlich rund 210.000 Euro ein. Das umgebaute Haus soll Platz bieten für bis zu 50 Flüchtlinge. Geschaffen wurden einige größere Wohneinheiten mit Gemeinschaftsküche wie auch kleinere Räume mit separater Kochgelegenheit. In einzelnen Zimmern aber sollen bis zu vier Einzelpersonen leben müssen.

Auf die Ängste und Ressentiments aus dem Ortsteil reagierte die Verwaltungsspitze vor allem mit gegen die künftigen Bewohner gerichteten "Sicherheits"-Maßnahmen. Um das Gelände wurde ein 1,60 m hoher Zaun gezogen. Zwei Hausmeister sollen angestellt werden sowie ein Wachdienst beauftragt werden. Ein Mitglied des Scheuener Ortsrates benannte als Sinn: "Diese Maßnahmen tragen hoffentlich dazu bei, dass hier keine Fremden ein- und ausgehen."

Der Hintergrund des "Sicherheits"-Pakets ist erkennbar nicht die Sorge um die Flüchtlinge. Die alte, abgebrannte Unterkunft war in der Lokalpresse nicht zu einem "Problem" geworden, weil die sanitären oder feuerschutztechnischen Standards katastrophal waren, sondern weil einzelne Flüchtlinge im Umfeld der Einrichtung mit Drogen gedealt hatten. Dafür wurden in einer undifferenzierten öffentlichen Diskussion alle Flüchtlinge in Haftung genommen. So bestehen

jetzt bei Teilen der Scheuener Bevölkerung Befürchtungen, die neue Unterkunft könne ein "Kriminalitätsschwerpunkt" werden.

Um den Ressentiments auch auf anderer Ebene zu begegnen, hatte der Erste Stadtrat Gert-Wilhelm Gonell noch im November erklärt: "Wir wollen vor allem Familien in dem Wohnheim unterbringen." Dass die Stadt damit selbst Integrationsvorstellungen der CDU/FDP-Landesregierung konterkariert, ist dabei offenbar unerheblich. Nach ihrem "Handlungsprogramm Integration" vom August 2003 sollen Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status "generell Zielgruppe von Integrationsmaßnahmen und -bemühungen" sein. Es ist sehr fraglich, ob damit gemeint ist, Flüchtlingsfamilien - und damit auch ihre Kinder - in einer isoliert gelegenen und überwachten "Massen"-Unterkunft unterzubringen. Nach Auffassung von Celler Flüchtlingsinitiativen wird die räumliche Ausgrenzung eine gesellschaftliche Integration verhindern. Die bisherigen Reaktionen aus dem Stadtteil sind ein deutlicher Beleg.

Während mit dem Ortsrat eine Besichtigung der Unterkunft durchgeführt wurde, sind die Flüchtlinge zu keinem Zeitpunkt in den ganzen Prozess mit einbezogen worden. Für die meisten der ehemaligen Bewohner der abgebrannten Unterkunft hatte sich die Situation im vergangenen Jahr eher verschlechtert. Sie waren in nur als "Löchern" zu bezeichnenden Zimmern untergebracht worden, für die sich auf dem regulären Wohnungsmarkt nicht einmal ein Nutzer gefunden hätte, wenn sie umsonst gewesen wären. Trotzdem ist bei einigen die Sorge groß, wie sie künftig ihren Alltag am äußersten Rand von Celle organisieren sollen.



Ende Februar ziehen die ersten Asylbewerber in Scheuen ein

Der Rechtsextremist Klaus Hellmund muß ins Gefängnis

Bereits im November letzten Jahres wurde der ehemalige Kopf der rechtsextremen Celler Kameradschaft 77 Klaus Hellmund zu einer Haftstrafe von 10 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Das heißt, dass er wieder einmal den Gang ins Gefängnis antreten muß, für ihn keine ganz neue Erfahrung. Hiermit dokumentieren wir einen Artikel aus dem Holsteinischen Courier aus Neumünster vom 19.11.2003, der den Grund für die Haftstrafe darlegt.

**Tischplatte wurde zur
Tatwaffe
Bewährung war nicht mehr möglich:
Gestern verurteilte das Gericht einen geübten rechten
Krawall-Macher zu einer
Haftstrafe.**

Neumünster / Dörte Moritzen

Opferlamm oder Top-Aggressor? Die Darstellungen im Schöffengericht drifteten gestern auseinander. In den Schilderungen des Angeklagten fand sich auf jeden Fall kaum etwas von den Vorwürfen wieder, die ihm der Staatsanwalt zu Beginn der Verhandlung gemacht hatte.

Laut Anklage soll der 31-jährige Klaus H. aus Hambühren bei Celle am 5. April diesen Jahres mit einem Bus nach Neumünster gereist sein, um dort mit Gesinnungsgenossen aus der rechten Szene gegen die Wehrmachtausstellung zu demonstrieren. Nach einem Aufenthalt im rechtsradikalen Treff "Club 88" sei er schließlich auf einem Skinhead-Konzert in einer Halle in der Gadelander Straße gelandet. Als die Veranstaltung von der Polizei aus Sicherheitsgründen untersagt wurde, sei der Mann plötzlich aggressiv geworden. Er habe sich eine Tischplatte als Waffe gegriffen und damit im Eingang nach Polizisten gestoßen. Laut rufend habe er seine Mitstreiter aufgefordert, entgegen den polizeilichen Anweisungen zurück in die Halle zu gehen. Zwischendurch habe er die Beamten beschimpft.

Zur Tarnung Kleidung gewechselt

Als er festgenommen werden sollte, habe er sich losgerissen. Bevor es zur Feststellung der Personalien kam, habe der kräftige Umschüler schnell noch seine Kleidung gewechselt - statt Pudelmütze trug er laut Anklage plötzlich eine Schirmmütze. Aus dem Hemd wurde ein Sweatshirt - zur Tarnung. Was die Juristen einen besonders schweren Fall von Landfriedensbruch, versuchte gefährliche Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand nannten, war für den angehenden Fachinformatiker eher eine Selbstverteidigung aus Angst. "Mit der Tischplatte wollte ich mich nur vor den Polizisten schützen, und die Leute sollten zurück in die Halle, damit eine bessere Verhandlungsbasis entsteht", erklärte der Mann mit

dem von Natur aus sehr spärlichen Haarwuchs. Dass er seine Kleidung gewechselt habe, sei auf Schweißausbrüche zurück zu führen. Und die vorgeworfenen Beleidigungen entsprächen zum größten Teil "überhaupt nicht seiner Art, sich zu artikulieren".

Polizeivideo belastete den Angeklagten

Das schilderten vier Polizisten als Zeugen ganz anders. "Er war der Top-Aggressor an dem Abend. Die Leute fühlten sich von ihm animiert, die Konfrontation mit der Polizei zu suchen", erklärte ein Beamter. Ein Polizeivideo bestätigte diese Aussage. Auf dem Film war der Angeklagte genau zu sehen, wie er laut pöbelnd eine Holzplatte schwang und auf die Polizei zustürmte.

Eine milde Strafe wie sie sich der Angeklagte gewünscht hatte, gab es nach diesem erdrückenden Beweis nicht mehr. Statt dessen schickte ihn das Gericht für zehn Monate ins Gefängnis - ohne Bewährung. Ein Blick auf die Vorstrafen des Mannes hatte für diese Entscheidung ausgereicht: 16 Eintragungen fand der Richter im Auszug des Bundeszentralregisters. "Da sind viele Körperverletzungen und Widerstandshandlungen mit ähnlichem politischen Hintergrund dabei", erklärte der Jurist dem Rechtsradikalen, der stets darauf bestand, kein Skinhead zu sein. "Und die letzte Sache haben Sie auch noch unter Bewährung begangen", kritisierte der Richter.

Holsteinischer Courier [Neumünster], 19.11.2003



Klaus Hellmund (Bildmitte)

Polizeisprecher spricht von "Zigeunersippe"

Kaum zu glauben. Wörtlich teilte ein Sprecher der Polizei im Zusammenhang mit einer Razzia im Dezember der Celleschen Zeitung mit, man ermittle "gegen acht Mitglieder einer Zigeunersippe". Eine öffentliche Aufregung gab's nicht. Insgesamt ist die Celler Polizei bei ihren Täterbeschreibungen mit "rassischen" Zuschreibungen nicht zimperlich. Immer wieder liest man von "südländischen Typen" oder "asiatisch aussehenden Männern"; die "Zigeunersippe" aber ist bundesweit wohl eine Einmaligkeit. Nur interessiert's scheinbar niemanden in unserer "aufgeklärten Zivilgesellschaft".

Krebs und Waage über- durchschnittlich erwerbslos?

"Ich-AG? ... Ich berate Sie auf der Grundlage Ihres persönlichen Horoskopes: die Verbindung astrologischen Wissens mit handfesten Geschäftskennntnissen. ... Coaching-Rechnung für Ich-AGler übernimmt das Arbeitsamt (nach Absprache)." Mit dieser Anzeige warb in der Januar-Ausgabe der Celler Scene der Kieler Astrologe Martin A. Banger für seine eigene kleine Abzock-AG, die unerfreulicherweise



wahrscheinlich mehr Zukunftschancen hat als die meisten jener Ich-AGs, die mit seinem astrologischen Segen entstehen. Die Förderung astrologischer Beratung durch das Arbeitsamt ist schlicht skandalös. Einen Ausweis seiner Begabung durfte Martin A. Banger in der Celler Scene mit einer "'Prognose" liefern: "In einer Fische-Phase [in der wir uns in 2004 wohl befinden sollen] wird die Vergangenheit überwiegend unbewusst verarbeitet, um auf einen Neuanfang vorzubereiten. Kollektive Ängste und gesellschaftliche Wahnvorstellungen dürften dabei eine Rolle spielen, andererseits auch Visionen von einer idealen Zukunft. Die Gründungen der NSDAP und des Ku-Klux-Klan fallen ebenso in die letzte Uranus-Fische-Phase wie das pazifistische Manifest von Einstein, Ghandi u.a.". Wie gesagt: Manche sagen so, manche sagen so.

BI Südheide: Unterstützung für Tschernobyl-Opfer

Die Hermannsburger BI Südheide finanziert im Jahr 2004 die Kosten für eine Strahlenmessstelle im weißrussischen Korowalitschi. Die Region ist bis heute durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 enorm strahlenbelastet. Die von der BI unterstützte Einrichtung bietet der Bevölkerung die Ermittlung der Belastung von Obst und Gemüse aus Hausgärten an.

"Herrenmensch" muss blechen

1250 Euro kostete es einen 31-jährigen Celler "Herrenmensch", seine Klappe nicht gehalten zu haben. Er beschimpfte einen jungen Celler Türken als "Scheiß-Türke" und "Kanacke". Zudem kam es zwischen beiden zu Handgreiflichkeiten und der Doitsche beschädigte den Mofa-Helm des von ihm Beschimpften. Gegen den Strafbefehl wegen Beleidigung, Körperverletzung und Sachbeschädigung legte der

"Herrenmensch" einen Einspruch ein, den das Amtsgericht im Januar abwies.

Asylbewerber"heim" in Scheuen

Mit 50 AsylbewerberInnen will die Stadt das von ihr in Scheuen angekaufte und renovierte Gebäude belegen. Nach Mitteilung der Stadtverwaltung werden zunächst Einzelpersonen nach Scheuen verlegt, die zur Zeit in der Neustadt untergebracht sind.

Um die Sicherheit machte sich vor allem Ortsbürgermeister Hans-Werner Harling Sorgen. Aber nicht um die Sicherheit der "Heim"-BewohnerInnen, sondern um die der Scheuener Bürger.

Neue Frauenbeauftragte aus "eigenen Reihen"

Für die Nachfolge der bisherigen städtischen Frauenbeauftragten Barbara Wolff, die zum Mai in die Freizeitphase ihrer Altersteilzeit geht, will die Verwaltungsspitze sich nur in den eigenen Reihen umschauchen. Die Stelle, die zudem von 25 auf 19,25 Wochenstunden reduziert wird, soll nur verwaltungsin-tern ausgeschrieben werden.

Basisdemokratie á la CDU

Von einem erfolgreichen Bürgerbegehren will sich die Stadtratsfraktion bekanntlich in ihrem Ansinnen, die Schuhstraße für den Verkehr zu öffnen, nicht beeindruckt lassen. Bei dem Verständnis ihrer Fraktionsvorsitzenden Astrid Peters von "Basisdemokratie" ist dies auch kein Wunder. Im Zusammenhang mit Geschenken, die sie als Ortsbürgermeisterin von Hehlentor zu runden Geburtstagen älterer MitbürgerInnen überreichen darf, gab sie gegenüber der CZ zu Protokoll: "Es handelt sich bei den Besuchen auch um ein Stück Basisdemokratie." Was die städtischen Geschenke mit Demokratie

zu tun haben, wird ihr Geheimnis bleiben. Die schöne Illusion, bei diesen Anlässen mit der "Basis" in Kontakt zu kommen, wollen wir ihr nicht nehmen.

Hölterhoff geht

Der Celler Superintendent Dirk Hölterhoff legt nach 7 Jahren sein Amt nieder und wird zum Sommer Direktor des Diakonischen Werkes Wolfsburg. Damit geht ein Kirchenchef, der dem Konflikt mit den konservativen Eliten der Stadt an manchen Punkten nicht aus dem Weg ging. Erinnert sei an sein Eintreten gegen die Abschiebung einer ukrainischen Familie, sein Eintreten für eine Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge oder die christlich-pazifistische Positionierung gegen den Irak-Krieg.

Abzug der Briten

Der 2007 bevorstehende Abzug der britischen Truppen aus der Kaserne an der Hohen Wende wirft für Rat und Verwaltung einige Probleme auf. Denn es steht gänzlich in den Sternen, was aus dem fast 30 ha großen Areal werden soll. Die SPD schlägt eine "Zukunftswerkstatt" vor, über die Experten aus Verwaltung und Politik "Visionen entwickeln" sollen.

Langspecht statt Prokop

Der Berger Bürgermeister Rainer Prokop will nicht länger CDU-Kreisvorsitzender sein. Diesen Job soll ab April der CDU-Landtagsabgeordnete Karl-Heinrich Langspecht übernehmen. Damit hat Prokop wohl auch sein Ziel, das Bundestagsmandat von Klaus-Jürgen Hedrich zu übernehmen, aufgesteckt. Die Celler CDU-Ratsfrau Susanne Schmitt, die vor der letzten Bundestagswahl ebenfalls schon am Stuhl von Hedrich gesägt hatte, hatte im Stadtverband nach Prokops Rücktritt ihre Kandidatur angekündigt. Nachdem Prokop aber Langspecht ins Rennen

schickte, zog sie ihre Kandidatur zurück. Ihre Ambitionen auf das Bundestagsmandat kann sie sich wohl abschminken.

"Heimliches Rathaus"?

Als im Februar die Jagdhütte auf dem Klein-Hehlener Bauernhof Lehmann abbrannte, erging sich ein konservatives Netzwerk in Wehmut. Die Jagdhütte sei ein "heimliches Rathaus" gewesen, so die CZ, und OB Biermann meinte, dort sei "wirklich" Celler Geschichte geschrieben worden. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die "Persönlichkeiten der vergangenen Jahrzehnte", dass sie scheinbar nie ein Problem damit hatten, dass der im vergangenen Jahr verstorbene Hausherr ein ausgesprochenes Faible für Positionen des rechten Rands hatte und in Hochzeiten der NPD Ende der 1960er Jahre schon mal für sie kandidierte.

ÖPNV erhöht Tarife

Um satte 4,3 % erhöht die CeBus zum April ihre Nahverkehrstarife. Als Ursache wird von der Geschäftsleitung angegeben, dass das Land Investitionszuschüsse gestrichen habe. Zudem habe die Maßnahme des Landkreises, die Anspruchsgrenzen für kostenlose Schülerfahrten zu erhöhen, zu einem Umsatzrückgang geführt.

Wietzer Frauenbeauftragte geht

Die Landesregierung wird Gemeinden unter 20000 Einwohnern künftig von der Pflicht befreien, eine Frauenbeauftragte zu beschäftigen. Dass das nicht in jedem Fall zu einem emanzipatorischen Roll-Back führen muss, sondern mancherorts die Frauenbeauftragten diesen selbst mit einleiten, zeigte sich zum Jahresbeginn in Wietze. Die dortige ehrenamtliche Frauenbeauftragte legte ihr Amt nieder, weil Geschlechtsgenossinnen sie kritisiert hatten. Anlass war die Planung

einer Bustour zu einer Modenschau.

Wiswe will Mehrarbeit

Der Celler Landrat Klaus Wiswe will, dass seine Angestellten wieder genauso lange arbeiten wie seine Beamten, nämlich 40 Stunden - und das ohne Lohnausgleich. Ihn stört das "Durcheinander". Deshalb fordert er eine Veränderung des Tarifvertrags und die Angleichung der unterschiedlichen Arbeitszeiten. Auf die Idee, seine Parteifreunde in der Landesregierung aufzufordern, die Arbeitszeiten der Beamten wieder von 40 auf 38,5 Stunden zu senken, ist Wiswe nicht gekommen. Von der CZ bekam Wiswe Rückenwind; obwohl die Gewerkschaft ver.di die Pläne zurückwies und der Personalrat kein Statement abgab, las man in der Zeitung: "Aus Verwaltungskreisen verlautete Zustimmung zur Wiswe-Forderung."

Abschiebeversuch in Celle Suizidversuch von armenischem Yeziden

Ein 35-jähriger Yezide hat sich mit einer abgebrochenen Flasche Verletzungen an Bauch und Armen beigebracht, als die Stadt Celle ihn und seine fünfköpfige Familie Anfang Januar nach Armenien abschieben wollte. Der Mann musste stationär im Krankenhaus behandelt werden, auch die übrigen Familienmitglieder wurden nicht abgeschoben.



Das Ausländeramt der Stadt Celle stellte zunächst eine Duldung bis Ende Februar aus. Im übrigen vertritt die Stadt die Auffassung, dass Yeziden in Armenien nicht verfolgt würden. Alle Asylanträge der Familie seien gescheitert, sie sei seit neun Jahren zur Ausreise verpflichtet.

Sowohl der Arbeitgeber des Yeziden wie auch eine Vertreterin der Gesellschaft für bedrohte Völker setzen sich dafür ein, der Familie ein Bleiberecht zu gewähren. Die Familie sei voll integriert. In Armenien würden Yeziden diskriminiert, zudem drohe dem Mann eine Strafe, weil er von der Armee desertiert sei. Den letzten Hoffnungsschimmer bildet jetzt ein traumatologisches Gutachten, das die Unzumutbarkeit der Abschiebung belegen könnte.

Keine Abschiebung nach Tschetschenien

Manchmal können glücklicherweise auch Verwaltungsrichter in Asylfragen ihre Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen. Das VG Lüneburg hob im Februar die Abschiebeandrohung des Landkreises Celle gegen die in Hermannsburg lebende Familie Musaeu auf. Im Sommer 2002 hatte das Bundesamt für die (Nicht-)Anerkennung ausländischer Flüchtlinge grünes Licht für die Abschiebung tschetschenischer Flüchtlinge gegeben, weil es in der Russischen Föderation die Möglichkeit zu einer so genannten inländischen Fluchtalternative gebe. Das VG sieht dies (heute) anders: Tschetschenen seien überall in Russland Repressionen ausgesetzt, insbesondere sei der Vater der Familie - weil im "wehrfähigen" Alter - von beiden Parteien besonderen Gefahren ausgesetzt.

7 Millionen Euro wegen Hartz

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe belastet viele Städte in Niedersachsen erheblich.

Der nds. Städtetag hat Berechnungen angestellt, wonach die Stadt Celle z.B. rund 7 Millionen Euro draufzahlen müsste. Die Städte und Gemeinden fordern jetzt eine Umschichtung durch das Land, das 200 Millionen einspare, weil es künftig nicht mehr für das Wohngeld zuständig sei.

Großrazzia bringt 20 Gramm Gras

Zeitgleich hat die Polizei mit 40 (!) Beamten Anfang März in Hermannsburg und Baven zehn Hausdurchsuchungen bei Jugendlichen durchgeführt. Mithilfe der eingesetzten Rauschgiftspürhunde fand man immerhin 20 Gramm Marihuana, dazu ein paar so genannter Rauchtensilien. Gerüchteweise ist zu hören, dass für diesen großartigen Schlag gegen den Drogenhandel in der Heide bei den Ermittlungen sogar Telefone abgehört wurden. Das Ergebnis der Razzia ist im Grunde so erbärmlich, dass man fragen müsste, wer für diesen Einsatz verantwortlich zeichnet. Eingermaßen erhellend ist dagegen der Polizeibericht: "Erstaunt waren die Einsatzkräfte über das fehlende Unrechtsbewusstsein bei der Mehrzahl der Tatverdächtigen. Sie ließen erkennen, dass für sie das Konsumieren von Betäubungsmitteln nichts Außergewöhnliches sei. Einer von ihnen äußerte, dass er in der Vergangenheit Probleme mit Alkohol gehabt und sich davon losgesagt habe. Sein nunmehr regelmäßig durchgeführter Betäubungsmittelkonsum bekomme ihm deutlich besser."

Bündnis gegen Sozialabbau

Im Februar hat sich auf Initiative des DGB das Celler Bündnis gegen Sozialabbau gegründet. Vertreten waren auf dem ersten Treffen der Sozialverband Deutschland, Attac, das Social Forum Celle, das Diakonische Werk und die VVN/BdA. Das Bündnis will auf lokaler Ebene Aktivitäten gegen

den Sozialabbau organisieren. Das Bündnis ist auch offen für die Mitarbeit von Einzelpersonen; Interessierte können sich melden unter 05141-920411.

Ausländer chancenlos im Schulsystem

Ganze 2 % der SchülerInnen an Celler Gymnasien sind Ausländer; damit sind MigrantInnen deutlich unterrepräsentiert. Am HGB z.B. haben von insgesamt 749 SchülerInnen ganze 9 keinen deutschen Pass. Der Anteil auf Celler Realschulen beträgt knapp 6 %, auf den Grund- und Hauptschulen dagegen 15 %. Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung liegt in Celle bei etwas unter 10 %. An manchen Hauptschulen wie der GHS Altstadt oder der GHS Neustadt beträgt der Anteil der Kinder ohne deutschen Pass rund 30 %. Insgesamt ein zu erwartender Beleg dafür, wie gut das deutsche Bildungssystem schafft, was es will: sortieren.

Bodenhausen wieder im DP-Bundeschatz

Am 04.10.2003 traf sich die rechte Deutsche Partei (DP) in Fulda zu ihrem Parteitag. Dort schloss sich die DP mit der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP), einer Gruppierung die durch die Abspaltung einiger Mitglieder der Landtagsfraktion der Deutschen Volkunion in Sachsen-Anhalt entstanden ist, zusammen. Die DVU ist 1998 mit 12,9% der Stimmen in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt worden und die rechten Abgeordneten wurden öffentlich vorgeführt, weil sie teilweise keinen einzigen zusammenhängenden Satz hervorbrachten oder sich bei Interviewanfragen hinter Müllcontainer versteckten.

In dem in Fulda neugewählten Bundeschatz ist auch wieder Hans-Erich Freiherr von Bodenhausen aus Hambühren als Bundeschatzmeister vertreten.

Vor 100 Jahren: Völkermord in Afrika



Anlässlich des 100. Jahrestages des Herero-Aufstandes im heutigen Namibia kommt das lange verdrängte Thema "Deutsche Kolonien" wieder zur Sprache.

1904 hieß das Land schon Deutsch-Südwestafrika und war deutsches "Schutzgebiet", wie Bismarck, der aus diplomatischen Gründen das Wort "Kolonie" vermied, es nannte. Das noch recht junge Deutsche Reich hatte den Schritt nach Übersee erst viel später als die anderen europäischen Kolonialmächte getan, weil Bismarck lange zögerte. Der Kurswechsel hatte schließlich in erster Linie wirtschafts- und innenpolitische Gründe. Ein wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang ist der "Export der sozialen Frage". Kurz gesagt sollte von innenpolitischen Problemen abgelenkt und der politische Gegner, die Sozialdemokratie, zurückgedrängt werden.

1884 stieg das Deutsche Reich dann in die Kolonialpolitik ein und errichtete bis 1918 das nach England und Frankreich drittgrößte Kolonialreich. Nach den Vorbereitungen deutscher Missionare und Händler wurde Deutsch-Südwestafrika die erste deutsche Kolonie, in Afrika folgten Deutsch-Ostafrika (das heutige Tansania), Kamerun und Togo, sowie im Pazifik Deutsch-Neuguinea.

Ohne auf die Entwicklung der deutschen Kolonialpolitik und die der Kolonie Deutsch-Südwestafrika näher einzugehen, sei nur soviel gesagt, dass schon der Landerwerb der deutschen Kaufleute nicht mit rechten Dingen zugeht. Die

Afrikaner waren nur ein Produktionsmittel, das Menschsein wurde ihnen abgesprochen. Und so gingen die Kolonisatoren dann auch mit äußerster Brutalität und Skrupellosigkeit vor. In einem Leitfaden über die "Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien" heißt es: "Der Neger ist ein blutdürstiges, grausames Raubtier, das nur durch das Auge und die Peitsche des Bändigers in Respekt erhalten werden kann." Die "Eingeborenen" waren im heutigen Namibia vor allem die Volksgruppen der Herero und Nama, von den Deutschen abwertend Hottentotten genannt. In Südwestafrika war die deutsche Unterdrückungspolitik am ausgeprägtesten, Prügel und Vergewaltigungen waren an der Tagesordnung, die Lebensgrundlage der Afrikaner, Land und Vieh, wurde ihnen nach und nach entzogen, die Folge waren Hungernöte. All dies führte dazu, dass sich die Herero im Januar 1904 erhoben und zurückschlugen. 123 deutsche Händler, Siedler und Soldaten wurden getötet, Missionare, Frauen und Kinder aber verschont.

Das Deutsche Reich schickte daraufhin den erfahrenen China-Kämpfer Generalleutnant Lothar von Throta mit 10.000 Soldaten und moderner Technik nach Deutsch-Südwestafrika.

Was folgte, war ein Völkermord. Ob dies von vornherein von Throtas Plan war oder lediglich eine Folge der Ereignisse ist strittig, unstrittig ist aber, dass seine Drohung, jeden Herero auf deutschem Kolonialgebiet erschießen zu lassen, eigentlich nur als Genozid-Befehl verstanden werden kann. Ursprüngliches Ziel war wohl, den Herero in der Schlacht am Waterberg am 11. August eine vernichtende Niederlage zu bereiten, und die Überlebenden zu internieren, um sie als Machtfaktor auszuschalten. Da dies jedoch fehlschlug, beschritt von Throta einen anderen Weg, um seinen Ruf wiederherzustellen. Ziel war jetzt die physische Vernichtung

Chronologie Namibia

- ab 1842 Rheinische Missionsgesellschaft in Südwestafrika
- zu Beginn der 1880er Landerwerb durch den deutschen Kaufmann Adolf Lüderitz
- 1884 Südwestafrika wird deutsches "Schutzgebiet" Deutsch-Südwestafrika
- 1885 Gründung der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika
- 1893 das Deutsche Reich übernimmt selbst die staatsrechtliche Gewalt und die gesamte Verwaltung
- 1904 Aufstand der Herero, der Okt. 1904 niedergeschlagen wird, Aufstand der Nama
- 1907 wird der Kriegszustand offiziell aufgehoben
- 1915 Einmarsch südafrikanischer Truppen, danach steht das Land unter südafrikanischer Herrschaft
- 1966 Beginn des Guerillakrieges der SWAPO gegen die südafrikanische Herrschaft. UN fordert Südafrika auf, sich aus dem Land zurückzuziehen, benennt das Land offiziell in Namibia um und stellt es unter UN-Verantwortung. Südafrika kontrolliert das Land trotzdem bis Ende der achtziger Jahre.
- 1989 demokratische Wahlen zur Bildung einer konstituierenden Versammlung
- 21. März 1990: Die Unabhängigkeit von Südafrika wird offiziell verkündet

des Gegners. Die deutschen Truppen trieben Tausende Hereros, Frauen und Männer, Alte und Kinder, in die Omaheke-Wüste, blockierten den Rückweg und ließen sie verdursten. Auch nach dem Omaheke-Massaker verfolgte von Throta entschlossen sein Ziel weiter. Zunächst fand die Vernichtungspolitik von Throtas in Berlin Zustimmung, er mußte sie jedoch im Dezember 1904 aufgeben, nicht zuletzt weil befürchtet wurde, der Kolonie würden die Arbeitskräfte ausgehen. Ende 1904 erhoben sich auch die Nama gegen die Deutschen, u.a. aus Angst, ihnen werde das gleiche geschehen wie den Herero. Sie wurden 1907 besiegt.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes der Herero im Oktober 1904 waren von ursprünglich etwa 80.000 Herero noch 20.000 am Leben. Die Überlebenden waren wie noch nie der Willkür der Deutschen ausgeliefert. Durch den Erlass von "Eingeborenenverordnungen" sollte die Arbeitskraft der Afrikaner erhalten und gebündelt, sowie jede Fähigkeit zum Widerstand gebrochen werden. Es wurde versucht, ein System der totalen Herrschaft über alle Afrikaner im Land aufzubauen, in der sie de facto zu Sklaven wurden.

Der 1. Weltkrieg beendete die deutsche Kolonial-Ära. Mit dem Einmarsch südafrikanischer Truppen 1915 wurde das Apartheid-System des Nachbarlandes auch auf die ehemalige deutsche Kolonie ausgedehnt. Namibia wurde erst 1990 unabhängig. Unlängst ist die Bundesrepublik von Nachfahren der Toten in den USA auf Wiedergutmachung verklagt worden. Die Bundesregierung lehnt eine formelle Entschuldigung aus juristischen Gründen ab.

Und dies noch am Rande: An der Garnisonkirche in Celle befindet sich ein Gedenkstein für Ch. Reinecke, Musketier des hann. Infanterie-Regiments 77, stationiert in Celle, "gefallen" 1905 in Südwestafrika.

TW

Literatur zu Einführung:

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. 2., verb. u. erg. A. Paderborn u.a. 1995.

Iliffe, John: Geschichte Afrikas. 2. A. München 2000.

zur aktuellen Debatte siehe u.a.: Der Spiegel Nr.3/2004

Interview zu den Arbeitsmarktgesetzen

Radikaler Sozialbau und Lohndumping als Ziel



Auf einer Info-Veranstaltung des Social Forum Celle hat Reinhard Rohde im Januar die Konsequenzen des letzten Schritts der Hartz-Gesetze vorgestellt. revista hat nachgefragt, um auch unseren LeserInnen einen Überblick über die kommenden Zumutungen zu geben.

Mit einer Volkskammer-Mehrheit von 98 % hat der Bundestag am 17. Dezember 2003 den Arbeitsmarktgesetzen zugestimmt. Was kommt auf die Betroffenen zu?

Das einzig Positive für die Betroffenen dabei ist, dass die massiven Kürzungen jetzt erst zum 1.1.2005 kommen. Aber dann kommt's richtig hart. Bisher war die Arbeitslosenhilfe in ihrer Höhe ja an das vorherige Einkommen gekoppelt. Ohne Kinder bekommt man heute rund 53 %, mit Kindern rund 57 % des letzten Nettoeinkommens. Für Familien war das in aller Regel schon so wenig, das mindestens ein Anspruch auf Wohngeld bestand. Ab 2005 haben dann vor allem die

Langzeiterwerbslosen mit erheblich weniger Einkommen zu rechnen, die vorher mal halbwegs gut verdient haben. Konkret sieht es so aus, dass ein alleinlebender Erwerbsloser dann noch einen Anspruch auf 345 Euro hat. Lebt ein Paar zusammen sind's noch jeweils 90 % dieser Regelleistung, also 311 Euro bzw. zusammen 622 Euro. Für Kinder über 14 Jahren werden als sogenanntes Sozialgeld 80 % der Regelleistung gezahlt, also 276 Euro, für Kinder unter 14 Jahren 60 %, also 207 Euro. Das Kindergeld wird als Einkommen angerechnet, d.h. faktisch nicht mehr gezahlt. Dazu kommen dann die Kosten für Miete und Heizung entsprechend der aktuellen Sozialhilfestandards. Eine Alleinlebende Person hat einen Anspruch auf bis zu 45 qm und Kosten bis zu rund 250 Euro; ein Drei-Personen-Haushalt darf auf rund 75 qm leben, die 430 Euro kosten dürfen. Das ist das Niveau der bisherigen Sozialhilfe, weil's dazu eben absolut nichts mehr gibt, kein Wohngeld, keine Zulagen für Bekleidung oder den Ersatz kaputter Haushaltsgeräte.

Kann man sagen, wieviel weniger Geld Langzeiterwerbslose künftig haben werden?

Das ist eben unterschiedlich. Wessen Arbeitslosenhilfe bisher schon um Wohngeld ergänzt wurde, für den hat die Umstellung auf das ALG II finanziell keine gravierenden Auswirkungen. Aber da die Bundesregierung berechnet hat,

dass bei Zahlung von ALG II statt Arbeitslosenhilfe mittelfristig gut 5 Milliarden Euro weniger fließen sollen, ist das die Summe, die "eingespart" wird, wie es so schön falsch heißt. Aber vielleicht doch zwei Beispiele: Ein Erwerbsloser, der heute rund 700 Euro bekommt, wird ab 2005 rund 100 Euro weniger haben. Eine verheiratete Erwerbslose mit zwei Kindern unter 14 Jahren, die heute mit Kindergeld und Wohngeld rund 1500 Euro hat, bekommt in einem Jahr rund 200 Euro weniger. - Um an diesem Punkt auch mal das Getue um soziale Gerechtigkeit, das die rot-grünen Sozialräuber ja gern bemühen, ad absurdum zu führen: Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes jetzt von 45 auf 42 % schenkt der Staat den Reichen rund 6 Milliarden im Jahr. Wer hat, dem wird gegeben. Das ist der Kern rot-grüner Gerechtigkeitsvorstellungen.

Wer erst vom Arbeitslosengeld ins ALG II rutscht, soll aber noch einen Zuschlag bekommen?

Ja, das ist richtig. Da sind ja Zahlen von Zuschlägen von 160 für einen Alleinstehenden und 320 für ein Paar, zusätzlich 60 pro Kind durch die Presse gegeistert. Das aber sind jeweils die Höchstbeträge. Gezahlt werden effektiv 2/3 des Differenzbetrags zwischen ALG und ALG II-Regelleistung im ersten und die Hälfte davon im zweiten Jahr. Also: Die dreiköpfige Familie, die 1108 Arbeitslosengeld hatte und dann einen Anspruch auf $311+311+276 = 898$ ALG II hat, bekommt im ersten Jahr 2/3 der Differenz, also 140 zusätzlich, im zweiten Jahr noch 70 zusätzlich.

Wie sieht es künftig aus mit den Zuverdienstmöglichkeiten?

Eine der Ankündigungen von Kanzler Schröder in seiner März-Rede war, dass die ALG II-Bezieher künftig mehr hinzuverdienen dürften als bisher die Empfänger von Arbeitslosenhilfe. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Heute bessert ein Nettozuverdienst bis zu 165 die Haushaltskasse eins zu eins auf. Erst jeder Cent mehr mindert bisher die Arbeitslosenhilfefzahlung des Amtes. Um soviel behalten zu dürfen, muss man künftig schon 750 Euro hinzuverdienen. Die neue Regelung sieht nämlich so aus: Wer bis zu 400 hinzuverdient, darf 15 % behalten, d.h. im Höchstfall 60 - was darüber liegt, mindert den Leistungsbezug. Alles was zwischen 400 und 900 darüber hinaus verdient wird, darf zu 30 % behalten werden. Und alles zwischen 900 und 1500 wieder zu 15 %. Immerhin noch einfach genug, um es auf einem Bierdeckel auszurechnen. Trotzdem ein Beispiel: Wer 600 dazuverdient, darf 60 , von den ersten 400 behalten, und von den 200 zwischen 400 und 600 dann nochmal 60 , also 120 .



wird, darf zu 30 % behalten werden. Und alles zwischen 900 und 1500 wieder zu 15 %. Immerhin noch einfach genug, um es auf einem Bierdeckel auszurechnen. Trotzdem ein Beispiel: Wer 600 dazuverdient, darf 60 , von den ersten 400 behalten, und von den 200 zwischen 400 und 600 dann nochmal 60 , also 120 .

Ist es richtig, dass dieses Modell auch für die Anrechnung von Partnereinkommen gilt?



Im Prinzip ja. Durch eine Verschärfung sind im Jahr 2003 ja schon einige Hunderttausend, zumeist Frauen, aus dem Leistungsbezug geflogen. Das wird verfestigt und nochmal leicht verschärft. Nehmen wir ein Paar, bei dem die Frau ins ALG II kommt. Zusammen sind sie dann eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft. Zugestanden wird ihnen - lassen wir mal die Zulage der ersten beiden Jahre weg - ein Bedarf von $622 + 350$ Miete + 48 Heizung, das sind zusammen 1020 . Der Freibetrag des Mannes beläuft sich dann zum einen auf das Anrechnungsmodell und die Hälfte von Heizung und Miete. Die Grenze, ab der die Frau keinen Anspruch mehr auf ALG II hat, beginnt dann etwa da, wo der Mann knapp über 1400 netto verdient. Das wird nicht nur die Statistik nochmal nach unten korrigieren, weil's ohne Leistungsbezug keinen Sinn mehr macht zum Arbeitsamt zu laufen. Es unterminiert gesellschaftlich die materielle Eigenständigkeit von Frauen.

Viele sind ja im Jahr 2003 auch aus dem Leistungsbezug gefallen, weil die Grenzen beim sogenannten Schonvermögen nach unten korrigiert worden sind. Was bringt da das neue Gesetz?

Nicht angetastet werden muss der Besitz einer selbstbewohnten Wohnung oder eines Hauses in angemessener Größe und auch ein angemessener PKW muss nicht verkauft werden. Bei den Vermögensfreigrenzen bleibt es einerseits bei den 200 pro Lebensjahr. D.h. ein 30-jähriger ALG II-Empfänger darf 6000 auf der hohen Kante liegen haben. Zusätzlich sollen ab 2005 wieder zur Altersvorsorge angelegte Gelder, und zwar bis zu 200 pro Lebensjahr, geschützt sein. Es muss aber vertraglich vereinbart sein, dass das Geld erst im Rentenalter zur Auszahlung kommt. Das ist eine Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation; perfide ist aber, dass diese Regelung dann erst ab 2005 gelten soll. Für alle ALHi-Anträge, die dieses Jahr gestellt werden gilt das nach wie vor nicht. Das kann zu der verrückten Situation führen, dass noch im Herbst jemand gezwungen ist, eine Lebensversicherung aufzulösen, die er einige Monate später behalten könnte.

Die wenigen Gegenstimmen kamen ja vor allem wegen der künftigen Zumutbarkeitsbestimmungen zustande. Wie sollen die aussehen?



Leistungen und die künftigen Zumutbarkeitskriterien machen hier einen ungeheuren Druck. Und in der Folge gibt's selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Tariflöhne. Von Vertretern des Kapitals, wie Hans Werner Sinn vom ifo-institut München, wird das auch deutlich formuliert. Er will die Löhne so weit absenken, bis es keine Arbeitslosigkeit mehr gibt. Seiner Meinung nach würde nämlich jeder, der Arbeit sucht, auch Arbeit finden, wenn nur der Lohn weit genug fällt. Das Ziel ist klar: Fallen die Löhne, steigt tendenziell die Profitrate.

Die Parteitage von SPD und Bündnisgrünen hatten sich im Herbst noch darauf festgelegt, dass eine Arbeit dann nicht zumutbar sei, wenn für die Arbeit nicht das maßgebliche tarifliche Arbeitsentgelt oder das ortsübliche Arbeitsentgelt gezahlt wird. Das wurde im Vermittlungsausschuss wieder gestrichen. Ab 2005 ist jede Arbeit zumutbar, zu der ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger körperlich, geistig oder seelisch in der Lage ist. Dazu gehören dann nicht nur untertariflich bezahlte Jobs sondern auch sogenannte Mini-Jobs. Und sich gegen die Zuweisung entsprechender Jobs zu wehren, soll teuer werden. Wer eine Arbeitsstelle, die ihm die BA zuweist, ablehnt, wird mit Sanktionen belegt. Im ersten Schritt wird die Regelleistung des Haushaltsvorstandes um 30 Prozent gekürzt; bei jeder Wiederholung soll die Hilfe um weitere 30 Prozent gekürzt werden. Leistungsbeziehenden unter 25 Jahren soll die Geldleistung sofort für drei Monate auf Null gesetzt werden.

Was bezwecken die Regierenden mit diesem Programm?



In der Konsequenz ist die Agenda 2010 ein weiterer Schritt in der Umverteilung von unten nach oben. Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher. Es ist den Eliten offensichtlich ein Ärgernis, dass die vorhandenen sozialen Standards es Menschen noch ermöglichen, schlecht bezahlte Jobs abzulehnen. Die Absenkung der

Was können die Betroffenen tun?

Eins scheint klar: Die, die kürzen, werden stürzen. Die SPD wird in den nächsten Jahren kaum eine Wahl gewinnen können. Doch scheint dies den Obergenossen egal zu sein. Sie erfüllen gewissermaßen wieder mal einen historischen Auftrag, zu dem die Konservativen in dieser Schärfe nicht in der Lage gewesen wären. Ich denke mal, das ist den meisten Sozialdemokraten klar. Nur offenbar ist's ihnen egal. Sie nehmen selbst massive Mitgliederverluste und heftigste Wahlniederlagen in Kauf. Das heißt: Ändern kann man aktuell nur was gegen die politischen Parteien und gegen die Parlamente. Da auch die Chefetagen von Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden dem Regierungskurs nicht grundsätzlich widersprechen, stehen die Betroffenen ohne Unterstützung jeglicher Großorganisation da. Also müssten jetzt die Ansätze von autonomer Organisation ausgebaut werden. Und es wäre wichtig, dass den Erwerbstätigen endlich klar wird, dass diese Angriffe auch auf sie zielen.

Nach der Demonstration im November ist aber zunächst mal nicht mehr viel passiert, oder?

Es ist leider so, dass eine in den Medien geführte Diskussion völlig abgebrochen ist, nachdem das Parlament die Gesetze beschlossen hat. Und auch die Bereitschaft zu organisierten Protesten gegen die Zumutungen der Regierenden ist nicht allzu groß. Es ist ja in Deutschland kaum vorstellbar, dass Erwerbslose wie z.B. in Argentinien den öffentlichen Verkehr wirksam lahmlegen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das Problem ist ja sogar, dass sich bisher nicht einmal Forderungen herauschälen, die eine offensive Gegenposition beschreiben. Vielleicht kann da die für den 3. April geplante Demonstration in Berlin einen Weg skizzieren. Ansonsten ist es von Seiten der Basisgruppen her wichtig, sowohl die Erwerbstätigen, die morgen betroffen sein könnten, wie auch die Erwerbslosen über die Schweinereien zu informieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Betroffene sich individuell und kollektiv dagegen wehren können.

"Je abstoßender wir ihnen erschienen, um so größer war ihre Sünde und Schande." (Lilly Kertesz)

Bergen-Belsen von "außen" und "innen"



Welche Berührungspunkte gab es zwischen dem Lager Bergen-Belsen und seinem Umfeld? Wie nahmen sich Häftlinge, SS-Personal und Bevölkerung gegenseitig wahr? Welche Handlungsspielräume hatten SS-Personal und Bevölkerung in ihren

Verhaltensweisen gegenüber den Häftlingen? Diesen Fragen geht Steffen Meyer in seiner im Stuttgarter ibidem-Verlag erschienenen Untersuchung "Ein Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager in seinem Umfeld" nach. Der Historiker wertete hierzu lokal bekannte Quellen aus: die von Hanna Fueß für eine Kriegschronik zwischen 1946 und 1949 gesammelten Berichte, die Aussagen von Zeitzeugen in einem Kurs der VHS Bergen in den frühen 1980er Jahren sowie die in den 1990er im Rahmen einer Examensarbeit von Claudia Dettmar gemachten Interviews.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Bevölkerungen im Umfeld von Konzentrationslagern eine besondere Abwehr gegen Schuldvorwürfe entwickeln. Die Leugnung, seinerzeit Kenntnis von den in den Lagern begangenen Verbrechen gehabt zu haben, gehört dabei sicher zum Standard. Überraschen kann aber doch, wenn Fragmente nationalsozialistischer Ideologie weiter zur Beschreibung und Erklärung dessen erhalten müssen, was sich vor der eigenen Haustür ereignete. Und wenn sich - entgegen aller Aufklärungsarbeit - viele Menschen noch in den 1980er und 1990er Jahren auf offenkundig geschichtsrevisionistische "Quellen" stützen und stützen, muss dies erschrecken.

Steffen Meyer verdeutlicht mit seiner Studie, dass es vielfältige Kontakte zwischen der Bevölkerung und dem Lager, d.h. den Häftlingen wie Bewachern gab. Unübersehbar waren die ankommenden Transporte, denen sich nach der Ankunft an der Verladerampe in Bergen ein 5-Kilometer langer Fußmarsch anschloss. Die Kriegsgefangenen der ersten Lagerphase wurden genauso als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft eingesetzt wie anschließend KZ-Häftlinge in Arbeitskommandos außerhalb des Lagers für die Kriegswirtschaft, aber auch für die Versorgung des Lagers selbst. Beim Transport von Heizmaterialien oder Lebensmitteln hatten sie unweigerlich Kontakt mit der Bevölkerung. Und es kamen auch Menschen aus dem Umfeld ins Lager hinein, etwa als institu-

tionelle Funktionsträger oder eben als Lieferanten.

Später bemühte man sich, diese Kontakte zu banalisieren oder zu verschleiern. Als sich der Historiker Eberhard Kolb Anfang der 1960er Jahre mit der Lagergeschichte beschäftigte, machte er eine deprimierende Erfahrung: "Ich stieß wie auf eine Gummiwand, als ich einige Anwohner befragte, die mehr über das Lager wussten und auch noch Unterlagen hatten." Etliche äußerst wertvolle Unterlagen seien dann auf "mysteriöse Weise" verschwunden. Und bis heute lassen sich die Zeitzeugen, die mit ihren Erinnerungen aufklärend wirken wollen, scheinbar an einer Hand abzählen.

Im Zentrum der banalisierenden Rückschau steht ein Bericht, den der Amtsgerichtsrat Ernst von Briesen (1879-1966) im Jahr 1950 geschrieben hat. Briesen war in Bergen bis zu dessen Auflösung in die SA Ortgruppenleiter des "Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten", zwischen 1940 und 1942 war er in leitender Funktion in den Kriegsgefangenenlagern Stalag XI B Fallingbommel und Stalag XI C/311 Bergen-Belsen tätig. In seinem Bericht beschreibt er das Kriegsgefangenenlager als "Musterlager"; das Massensterben im Winter 1941/42 erwähnt er lapidar am Rande. Über das KZ merkt er an, dass die Behandlung der Häftlinge bis zur Jahreswende 1944/45 "durchaus menschlich" gewesen sei. Der Lagerkommandant Kramer und das SS-Personal werden von ihm entlastet, ja er lädt die Verantwortung letztlich den Häftlingen selbst auf, wenn er behauptet, dass sie "wenig diszipliniert, den Anordnungen der Lagerleitung nicht mehr gehorchten." Die Bevölkerung habe von all dem erst nach der Befreiung des Lagers erfahren.



Die Rampe in Bergen-Belsen

Der Amtsgerichtsrat von Briesen wurde Eberhard Kolb 1960 vom Bezirksvorsteher als jemand empfohlen, der "objektive Angaben" über das KZ machen könne. Der "Bericht" wurde 1968 in der rechtsextremistischen Zeitschrift "Nation Europa" veröffentlicht. Im Streit um eine Straßenbenennung nach "Anne Frank" veröffentlichte 1985 ein Berger Anzeigenblatt Briesens Text erneut und auch Claudia Dettmar wurde während ihres Projekts von Bürgern immer wieder auf den - wie sie meinten - wichtigen Text hingewiesen.

Neben Leugnung und Banalisierung sind viele Aussagen durch das Fehlen jeglicher Empathie mit den Opfern gekennzeichnet. Nur wenige Äußerungen bezeugen, dass den KZ-Häftlingen bei zufälligen Kontakten mit Wehrmachtsangehörigen vom nahegelegenen Truppenübungsplatz oder Menschen aus der Bevölkerung Interesse für ihre Situation entgegengebracht wurde oder ihnen in einer konkreten Situation sogar geholfen wurde.

Nach der Befreiung des Konzentrationslagers berichten ehemaligen Häftlinge von sehr unterschiedlichen Reaktionen aus der Bevölkerung der umliegenden Dörfer. Neben Freundlichkeit, Anteilnahme und Hilfe stießen sie auf massive Ablehnung. Die Zeitzeugen aus dem Landkreis beziehen sich in ihren Schilderungen vor allem auf die Plünderungen, die etliche Bauernhöfe nach der Befreiung über sich ergehen lassen mussten. In Bergen kam als Besonderheit hinzu, dass

die Bewohner zunächst ihre Häuser räumen mussten, um für eine kurze Übergangszeit Platz für Angehörige ihrer Einheiten und befreite Kriegsgefangene zu schaffen. Vor diesem Hintergrund sahen sich viele Berichtersteller als Opfer. Dass in einer Zeit des Hungers für die deutsche Bevölkerung zudem das DP-Camp Bergen-Belsen bis 1950 zu einer Hochburg des Schwarzhandels wurde, verlängerte die verzerrte Wahrnehmung - inklusive der Fortschreibung antisemitischer Ressentiments.

Die Untersuchung von Steffen Meyer bietet zu allen Phasen der Lagergeschichte aufschlussreiches Material zur "Außensicht". Indem er den Stimmen und Stimmungen die jeweilige konkrete Situation im Lager gegenüberstellt, kann er deutlich machen, welche "Anstrengungen" die Zeitzeugen jeweils unternahmen, das Verbrechen vor ihrer Haustür in einen sie entlastenden Zusammenhang zu stellen. Die von Schuldabwehr getragenen Deutungsmuster decken sich im übrigen, wie Meyer aufzeigen kann, auch mit dem Gebaren der Stadt, die bis in die späten 1980er Jahre darum bemüht war, den Namen Bergen nicht auf den Hinweisschildern erscheinen zu lassen, die den Weg zur Gedenkstätte wiesen.

Meyer, Steffen (2003). Ein Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager in seinem Umfeld: Bergen-Belsen von "außen" und "innen" 1941-1950. Stuttgart. 134 Seiten. 19,90 Euro.

Festschrift Realschule Westercelle



Zumeist sind Festschriften ja nur für jene halbwegs interessant, die in irgendeiner Weise etwas mit dem Verein, der Institution oder eben der Schule, die ein Jubiläum begeht, zu tun haben. Mit der Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der

Realschule Westercelle ist's nicht viel anders. Neben einem Überblick über die Schulentwicklung werden die schulischen Highlights der einzelnen Fachbereiche vorgestellt, die Kontakte zu Austauschschulen und schließlich das Personal. Das alles zusammen gibt einen recht bunten Bilderbogen über 50 Jahre Schulgeschichte. Enttäuschend ist allerdings schon, dass die Schule in der Festschrift - abgesehen von einigen Schülerspäßen - als fast konfliktfreier Raum daherkommt. Über eine der wenigen Ausnahmen, nämlich ein im Zuge der Studenten- und Schülerproteste der späten 1960er Jahre verteiltes Flugblatt, in dem die Abschaffung des Ordnerdienstes gefordert wird, heißt es: "... Schüler anderer Schulen, vornehmlich von Gymnasien, versuchten unsere Schüler zu

beeinflussen."

Bleibt noch zu bemerken, dass ein unserer Leserschaft nicht ganz unbekannter "Ehemaliger", nämlich Oskar Ansell, als engagierter Schülerzeitungsredakteur Erwähnung findet. Mit welcher unterschiedlichem Personal die Schülerschaft fertig werden musste, machen vielleicht drei auch außerhalb der Schule sehr aktive Lehrer deutlich: Von 1955-1965 unterrichtete Helmut Rüggeberg, Kulturpreisträger der Stadt 1996, von 1959-1969 Karl-Heinz Lingner, einer der wichtigsten Celler Künstler im 20. Jahrhundert, und schließlich von 1965-1979 Helmut Schmidt-Harries, bekannt als kommunalpolitisches Enfant Terrible am rechten Rand.

Zu Schluss noch ein Wort zu einer spezifischen Verhaltensstörung: Hey Lehrer, habt ihr eigentlich keine Vornamen? Oder warum ist unter den vielen Bildern, die von Euch zu sehen sind, immer nur zu lesen: Herr Kuchenbecker, Frau Krause, Herr Späth, Frau Quast?

Realschule Westercelle 1953-2003. Festschrift zum 50jährigen Schuljubiläum. Celle 2003. 152 Seiten.

Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide



Mehr als 60.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hielten in der Lüneburger Heide die Kriegswirtschaft zwischen 1939 und 1945 aufrecht. Die Beschäftigung von verschleppten Polen und sogenannten "Ostarbeitern" war damit in den

für die Region zwischen Elbe und Aller in den "kriegswichtigsten" Branchen, nämlich der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie, im reichsweiten Vergleich überdurchschnittlich. Die jetzt erschienene Studie des Kieler Historikers Nils Köhler untersucht "Organisation und Alltag des >Ausländereinsatzes< 1939-1945", wobei sich im Unterschied zu anderen Arbeiten auch der Einfluss regionaler Entscheidungsträger auf die Ausgestaltung der Zwangsarbeit vor Ort belegt findet.

Schon der Einband zeigt neben einem Foto von polnischen Zwangsarbeitern beim Gleisbahnbau an der Strecke Soltau-Uelzen die Porträts des Regierungspräsidenten Fritz Herrmann, des Regierungsdirektors Freiherr von Heintze, des DAF-Gauobmanns Kurt Wiebel und des Gauleiters Otto Telschow. Köhler hat die einzelnen Zuständigkeiten der verschiedenen Instanzen von Partei und Staat herausgearbeitet und aufzeigt, dass der >Reichseinsatz< nur funktionieren konnte, weil er bis in die untersten Instanzen unterstützt und gefördert wurde. Die lokal Verantwortlichen vertraten die Interessen der örtlichen Wirtschaft, die durch alle Bereiche auf möglichst viele und geeignete Arbeitskräfte drängte. Deshalb konnten die jeweils spezifischen Bedingungen, unter denen die Zwangsarbeiter leben mussten, im Rahmen der reichsweiten Erlasse durchaus unterschiedlich sein. Wo sich Entscheidungen im Einzelfall positiv auf die Lebensbedingungen auswirkten, waren es aber - wie Köhler zeigt - nicht humanitäre Erwägungen, sondern einzig das Ziel der gesteigerten Ausnutzung der Arbeitskraft ausschlaggebend. Auch der Celler Landrat Wilhelm Heinichen war vor allem um die Effizienz bemüht, andererseits attestiert ihm Köhler das Bemühen, dem Wirken der Gestapo Grenzen zu setzen.

Mit seiner Studie bietet Nils Köhler einen detaillierten Einblick in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Zwangsarbeiter in der Heideregion. Deutlich wird dabei, dass - egal ob es um Unterbringung, Ernährung, Löhne, Krankheit oder Bestrafung ging - zwei Pole die Ausgestaltung bestimmten: die Optimierung der Kriegswirtschaft auf der einen und die rassistische Ideologie des Nationalsozialismus auf der

anderen Seite. Auch die meisten Konflikte unter den Entscheidungsträgern in der Behandlung der Zwangsarbeiter entstanden aus den widerstreitenden Interessen der auf Effizienz orientierten "Pragmatiker" und der Abgrenzung und Repression einfordernden Haltung der "Ideologen".

Deutlich wird in den Beschreibungen die jeden Lebensbereich erfassende rassistische Hierarchisierung, bei der die so genannten OstarbeiterInnen auf der untersten Stufe standen. Weder von den Firmen her, noch von den Arbeitskollegen oder der Bevölkerung gab es öffentlich geäußerte Zweifel oder eine Distanzierung, nicht zur Zwangsarbeit an sich und auch nur selten zum rassistischen Begleitwerk.

Einzig für die Arbeit in der Landwirtschaft führt Köhler einzelne Fälle auf, wo die ZwangsarbeiterInnen vom Kontakt mit der deutschen Zivilbevölkerung profitieren konnten. Hier setzten sich gegen die rassistischen Vorschriften manchmal tradierte Vorstellungen von Zusammenleben mit allen Arbeitskräften auf dem Hof durch. Dazu gehören die Übertretung des "Tischverbots", also der Anordnung, wonach die Zwangsarbeiter nicht gemeinsam mit dem deutschen Personal an einem Tisch essen durften, ebenso wie die Verletzung der "Ernährungsrichtlinien" oder die Nichtbeachtung des Verbots gemeinsamer Feiern. Auf der anderen Seite ermöglichte die Nähe auf einem Hof im Unterschied zur Arbeit in einem Industriebetrieb, dass der einzelne Zwangsarbeiter gänzlich schutzlos der Willkür seines Arbeitgebers ausgesetzt war.

Viele der Schilderungen der Studie beziehen sich auf die Situation in Stadt- und Landkreis Celle, weil hier die Quellenlage vergleichsweise günstig ist. So wird z.B. ausgiebiger auf die Bedingungen bei Rheinmetall Unterlüß eingegangen, oder das Lagersystem vor allem mit Beispielen aus Celle und den Landkreisgemeinden illustriert.

Was das Buch unter der Vielzahl der zuletzt zur Zwangsarbeit veröffentlichten Betriebs- und Lokalstudien heraushebt, sind dann noch die rund 30 Fotos, die ZwangsarbeiterInnen bei der Arbeit und in ihrer Freizeit zeigen. Die meisten der Fotos erhielt der Autor über Kontakte zu polnischen ZwangsarbeiterInnen, die ihm nicht nur einen Fragebogen beantworteten, sondern auch Dokumente und eben Fotos mitschickten. In anderer Weise noch als der Text lassen einen die Fotos erschauern, wenn man immer wieder die auf die Kleidung aufgenähten Abzeichen entdeckt, die die jungen Frauen und Männer rassistisch stigmatisieren.

Köhler, Nils (2003): Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Organisation und Alltag des "Ausländereinsatzes" 1939-1945. Bielefeld. 493 Seiten. 24 Euro. RR.

Revista wählt das Buch 2003

Der zweite Platz: "Der Halbbruder"



Lars Saabye Christensen:
"Der Halbbruder"
Goldmann 2003;
768 Seiten, 24,90

Vor einigen Jahren spielte beim zukünftigen Fußballmeister Werda Bremen ein junger Norweger, Rune Brathseth, und der musste wie so viele seiner Berufskollegen ein TV-Interview geben. Doch seltsam: inmitten des üblichen Profi-Fußballer-Gestammels (...tja, wenn der Trainer mir sein Vertrauen,...) verfiel der etwas schüchterne junge Mann in einen authentischen, geradezu leidenschaftlichen Ton, als er nach seinem Herkunftsland und dessen Geschichte befragt wurde: "tja wir sind ja ein kleines Land mit einer Demokratie, aber wir haben auch einen König und der König Haakon, damals - das war ja sowieso ein

Riesentyp!..."

Was bringt einen 1960 geborenen und wohl eher apolitischen Menschen dazu, derart von einem sieben Jahre zuvor verstorbenen Staatsoberhaupt zu schwärmen?

Nun, die paar verspleenteten Monarchien in Europa taugen eigentlich nur noch als Thema der Regenbogenpresse; gleichwohl spielte Haakon II (1905-1953) zumindest während der faschistischen Besetzung seines Landes eine nicht geringe Rolle.

Und als Haakon stirbt, kommt in einem Taxi in der Osloer Innenstadt Barnum Nissen zur Welt, der Ich-Erzähler in Lars Saabye Christensens "Der Halbbruder". Barnum wächst in einer "Familie" aus Urgroßmutter, Großmutter und Mutter heran, neben seinem Halbbruder Fred, der später oftmals für Monate seine Leute verlassen wird, um zur See zu fahren und der monatelang kein Wort sprechen wird. Und wer ist dieser Vater von Barnum, der seinen Sohn nach einem amerikanischen Zirkus benannt hat, und der nur zeitweise im Haushalt wohnt und ansonsten ein zweites Leben in einer Billig-Absteige im Hafenviertel führt, obwohl er doch einst Aufsehen erregte mit seinem amerikanischen Straßenkreuzer? Und was stimmt nicht in einem Land, das die Besatzung doch so heldenhaft ertragen hat, aber so einiges an dunklen Flecken der Vergangenheit - einen Hamsun etwa oder auch die Übergriffe gegen vermeintliche "Nazi-Flittchen" - unter den Teppich gekehrt hat?

Barnum ist heute ein erwachsener Mann, allerdings hatte

er mit dreizehn aufgehört größer zu werden; seine Kleinwüchsigkeit hat in der Schule, in der Tanzstunde früh dafür gesorgt, dass Barnum zum Außenseiter wurde. Heute versucht er vom Schreiben von Drehbüchern zu leben, veräußert seine Gesundheit und hat eigentlich nur 1 ½ Freunde....

Christensens Buch hat auf knapp 800 Seiten nicht einen einzigen Lacher.

"Der Halbbruder" liefert keine Antworten; er stellt wenige Fragen. Dieses Buch zeigt, was es bedeuten kann, mensch zu sein in einer Welt, die nicht spricht.

Zu Dir nicht.

Zu sich selber nicht.

Das Siegerbuch: "Die Romantiker"



Barbara Gowdy:
"Die Romantiker"
Kunstmann 2003;
347 Seiten, 21,90

Barbara Gowdy, hierzulande mit "Fallende Engel" (1992) einem größeren Kreise bekannt geworden, erzählt in "Die Romantischen" (im Original: the romantic, also wohl besser, politisch, gesetzt mit: Romantiker) die Geschichte von Louise und Abel.

1960, in einem Vorort von Toronto, Mittelklasse-Wohngegend - die beiden Kinder begegnen einander zum ersten Mal. Beiden ist etwas Sonderbares in der Lebenssituation zu eigen: Louise und ihr Vater wurden von der Mutter verlassen, Abel ist das Adoptivkind der Richters, der neuen Familie von Gegenüber. Diese beiden eher

stillen Außenseiter treiben gewissermaßen aufeinander zu, es entsteht so etwas wie Freundschaft.

1970, Abel ist gestorben, hat sich todgesoffen, wie mensch so sagt, und dazwischen liegt ein nachgerade höllisches Jahrzehnt der Liebe. Denn Liebe ist es, was die Beiden verbindet. Eine Liebe freilich, mit welcher Louise und Abel nichts anzufangen wissen. Sie gründen gleichsam eine Welt außerhalb dieser Welt und verlieren letztlich jegliche Bodenhaftung. Abel einerseits der in seiner Unfähigkeit, im Leben einen Halt zu finden, am Ende trotz aller Talente zu den schönen Dingen (Musik, die Natur, der besternte Himmel) regelrecht in Gleichmut absäußt; und Louise, die das normale Leben, die normale Liebe nicht zu erwähnen vermag,

die das Absolute in der Ungreifbarkeit ihres Wunschs nicht aufzugeben vermag, - sie scheitern. Scheitern ein jedes für sich und sie scheitern gemeinsam.

Weil Gowdy ihre Protagonisten in keiner Weise je denunziert ist ein glaubwürdiges Buch dabei herausgekommen, eine Geschichte, auch, von höchster, innerer Grausamkeit.

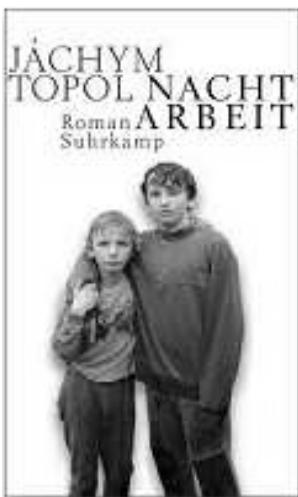
Und: eine überraschende Stellungnahme zum neuesten Stand der Liebe: bei aller Aufgeklärtheit - DIE Liebe, die dem westlich-zivilisierten Mensch bisher so vorgeschwebt haben mag - eine moderne Partnerschaft, welche die Summe des Ganzen größer macht als die bloße Addition zweier Teile, sie ist zu einem Ende gelangt, die bürgerliche Romanze à la Abelard und Eloise hat sich historisch überlebt. Viele haben seither mit leerem Blick an den Straßenecken dieser Welt gestanden; Opfer eines Auslaufmodells.

Wir habens bisher nur zu oft vergessen.

(Kleiner Exkurs: Abelard, Lehrer und Theologe, und Eloise, Tochter eines Karrieregeistlichen, sind das europäische, romantische Liebespaar des 12. Jahrhunderts. Doch eine Beziehung im Sinne von gelebter Partnerschaft ließen sowohl der eifersüchtige Klerus einerseits, als auch die je eigenen verklemmten Moralbegriffe andererseits nicht zu. Die beiden konnten sich lediglich "in einem höheren Sinne" lieben.

Die Beiden wurden im 19. Jahrhundert auf dem Friedhof Père-Lachaise nachträglich "vereinigt" - eine bemerkenswerte Aktion.)

Sonderpreis: "Nachtarbeit"



Jachym Topol:
"Nachtarbeit"
Suhrkamp 2003;
314 Seiten, 22,90

In wenigen Wochen werden einige Millionen Menschen mehr der EU angehören. Wie viele ungarische Rockbands, litauische Literaten und politischen Poeten Polens sind den fortschreitenden Leutchen hierzulande bekannt?

Revista vergibt den Sonderpreis 2003 an seinen alten Freund Jachym Topol dessen "Die Schwester" und "Engel Exit" aus den 90ern auch schon an dieser Stelle gewürdigt wurden (revista IV und XII). 2003 veröffentlichte Topol mit "Nachtarbeit" eine (allerdings recht verschlossene) Novelle über die Erlebnisse eines Heranwachsenden zu Zeiten des Einmarsches der Besatzungstruppen in die Tschechoslowakei. Hieraus ein ganz

eigenes `Nationalepos`:

"Die Wahrheit geht so, dass zum Berg Blahoš zwei Brüder gekommen sind, Lech und Cech, mit einer Horde ihrer Leute, die der ägyptischen Knechtschaft entschlüpft waren ... ursprünglich waren sie zu dritt, aber Bruder Rus hatte sich mit den Brüdern zerstritten. Er war furchtbar groß und ein Heißsporn. Drum machten sich die Brüder Lech und Cech mit ihrem Volk lieber in ein andres Land davon. Da standen sie nun auf dem Blahoš. Hier bleiben wir jetzt, sagte Cech, er war völlig erschöpft. Aber Lech sog die Luft durch die Nase, er sagte: Ich will ans Meer. Piratentum und Handel, weißt du noch? Deswegen waren sie aus Ägypten rausgeflogen. Aber Cech wollte nirgends mehr hin. Lech ließ ihn da liegen. So hat man damals immer die Alten und Kranken in den Wäldern zurückgelassen. Lech und die weisen Greise und die ehrwürdigen Krieger gingen mit ihren Gattinnen und den Jungfrauen fort, und alle flinken Händler auch, versteht sich. Als Cech sich umgeschaut hatte, raufte er den Bart und weinte. Nur Alte und Kranke waren geblieben, alle möglichen schwangeren Flittchen und Saufbolde, denen die Depression in den Knochen steckte.

Ferner Horden von kleinen Kindern, von solchen, die keiner haben wollte. Cech sagte: Hier ist nur ein armseliges Volk übriggeblieben. Also, dann hebt einen Graben aus und wir wollen alle drin sterben, das wird das beste sein. Die, die noch sprechen konnten, versuchten mit schwacher Stimme, ihm das auszureden, aber Cech gab nicht nach. Reicht mir meine Keule, ich schlag euch alle eigenhändig tot, ihr seid die Schande des ganzen Landes. Als sie sahen, dass anders keine Ruhe zu haben war, so ein feiges und sklavisches Pack war das, da hoben sie ihm seinen Graben aus und taten so, als ob sie sich bereitwillig reinlegten. Nachts haben die, die sich noch bewegen konnten, den Cech erwürgt. Sie fingen furchtbar an zu weinen und sagten, dass ihn eine Schlange gebissen hat. Und zu deinem Angedenken, lieber Großvater, wollen wir uns fortan Tschechen nennen. So. Weil sie aber furchtbar faul waren, blieben sie einfach weiter in dem Graben wohnen, wo er nun schon mal so schweißtreibend entstanden war. Sie bauten sich Baue rein, machten blakende Feuerchen und vermehrten und vermehrten sich. Die kleinen Kinder sammelten Beeren und Wurzeln. Sie lebten, wie's ging. So war das.

Pyramidal!, rief ein Mensch im Blaumann und donnerte sein Halbliterglas auf den Schanktisch. Ha ha!, jaulte jemand auf. Von allen Seiten streckten sich dem Tisch der Großväter jetzt Hände mit Stamperln entgegen. Man langte zu, warum auch nicht. ... "

Fazit:

unsere drei AutorInnen (Jahrgänge 1950-1962) sehen im vergangenen Jahr mit Nüchternheit, mit Skepsis, ja sogar Entsetzen auf die Beziehungen der Menschen. GEPUNKT

OLG Celle: Schienendemo ist keine Straftat!

Das Oberlandesgericht Celle hebt Urteil des Landgerichtes Lüneburg wegen angeblicher Störung Öffentlicher Betriebe (§316b STGB) auf. Versammlung und Demonstration auf den Schienen ist KEINE Straftat, sondern eine Ordnungswidrigkeit. (Verstoß gegen die Eisenbahn-Bau und -betriebsordnung)



Auch vor dem ICE: keine Straftat! (Lüneburg Nov. 2001)

Als Antwort auf die massiven Grundrechtseinschränkungen durch Versammlungsverbote und vielfältige willkürliche Gewalthandlungen der Polizei bei Castor-Transporten haben Bürger zunehmend die Eisenbahn-Transportwege des Atommülls als Demonstrationsfeld erobert.

Weil immer mehr Bürger ihr Versammlungsrecht auch auf den Schienen wahrnahmen, wurde diese Demonstrationen der Polizei ein zunehmender Dorn im Auge. Die friedliche Ansett-Demonstration von Robin -Wood bei Süschendorf, im März 2001, vor der der Castor sogar zurückfahren mußte, wurde zum Beginn einer massiven kriminalisierungskampagne des Staates. Den Ton gab seinerzeit der Bundesinnenminister Schily höchstpersönlich vor, indem er, wider bessern Wissens, öffentlich verlautete, diese Art des friedlichen Protestes stelle eine schwere Straftat dar.

Wenige Wochen später, im Mai 2001, nahmen die Lüneburger Polizei und Staatsanwaltschaft eine Schienendemonstration gegen einen durchfahrenden Transport von Castor-Behältern zu den Plutoniumfabriken (WAA) in Frankreich zum Anlaß, die Kriminalisierungskampagne deutlich zu verschärfen.

In beispielloser Art und Weise wurden ca. fünfzig Demonstrierende vorläufig festgenommen, bis zu einen Tag lang in einer Garage eingesperrt und wie Schwerverbrecher erkennungsdienstlich behandelt. Viele von ihnen erhielten dann Strafbefehle wegen "Gemeingefährlicher Störung öffentlicher Betriebe" nach § 316b STGB!

Das Ziel war klar: jeder bezahlte Strafbefehl wäre eine rechtskräftige Verurteilung wegen dieses potentiell terroristischen Straftatbestandes gewesen. Die Polizei hätte in ihrer Propaganda verbreiten können, daß es sich bei Menschen, die auf den Schienen gegen Castor-Transporte demonstrieren, per se um Straftäter handele, und könnte damit auch jedes gewaltsame Vorgehen rechtfertigen.

Ausdrücklich und erklärtermaßen als "Musterprozeß" hatte sich die Lüneburger Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Karsten H. herausgesucht. Dessen zweitinstanzliche Verurteilung durch das Langericht Lüneburg ist nun rechtskräftig aufgehoben worden.

Die Kosten der Verfahren der Staatskasse auferlegt.

Die Richter des Oberlandesgerichtes in Celle stellen klar, daß der bloße Aufenthalt auf den Schienen, hier der ICE-Hauptrecke Hamburg-Hannover, keine Straftat darstellt, sondern eine bloße Ordnungswidrigkeit.

Ungewöhnlich hart rügten die Richter insbesondere die Urteilsbegründung des Amtsrichters Wettich in der ersten Instanz, der die friedliche Demonstration mit einem "Findling" gleichsetzte, der auf die Gleisen gelegt werde. "Mit dieser Auslegung würde "der Gesetzeswortlaut unzulässig überdehnt" heißt es in dem Beschluß.

Näheres bald bei www.trainstopping.de

entnommen von <http://de.indymedia.org>



Leben in der Fremde



**Urbanus Rhegius
Haus,
Fritzenwiese 11
Im Anschluss an
die Filme be-**

**steht jeweils die Möglichkeit zur
Diskussion untereinander und mit
Mitgliedern des AK Ausländer,
Immer Montags,
Beginn jeweils 19:30 Uhr**

15.03.2004: Leben in der Fremde

45 Minuten, 2002

Ein Einblick in das Leben von Flüchtlingen in Mecklenburg-Vorpommern. Dokumentation der Videogruppe.

Der Film gibt einen Einblick in die Lebenssituation von AsylbewerberInnen in Mecklenburg Vorpommern. Dieser wird anhand von Interviews mit Flüchtlingen, VertreterInnen der Flüchtlingsarbeit und einem Anwalt sowie Aufnahmen, die das Wohnumfeld von AsylbewerberInnen dokumentieren, möglich gemacht. Weiterhin wird das Asylbewerberleistungsgesetz näher beleuchtet. In dem Film wird beschrieben, was Residenzpflicht im Alltag der Flüchtlinge bedeutet und was es heißt, mit Gutscheinen bezahlen zu müssen. Oft herrscht unter der deutschen Bevölkerung ein falsches Bild über AsylbewerberInnen, wie beispielsweise die weitverbreitete Ansicht, dass AusländerInnen nur auf "unsere Kosten leben", "nicht arbeiten wollen" und "den ganzen Tag klauen". Die Reihe der alltäglichen Vorurteile ließe sich unendlich erweitern. Anspruch des Filmes "Leben in der Fremde" ist es, solchen und ähnlichen Denkweisen anhand von Fakten entgegenzuwirken sowie über die oft schwierige Situation, in der Flüchtlinge leben, zu informieren.

26.04.2004: Die Entscheider

45 Minuten, 2000, von Hansjürgen Hilger

Über die Erstanthörung von Asylbewerbern beim Bundesamt. Wer entscheidet eigentlich über die 100.000 Menschen aus aller Welt, die Jahr für Jahr bei uns Asyl suchen? Dieser Film eröffnet den Blick in Amtsstuben, in denen die Ankömmlinge nach Herkunft, Fluchtgrund, -weg und -helfern befragt werden. Die Entscheider haken nach, geben sich nicht böswillig, sondern genau. Und sagen meistens nein.

Nur 10 Prozent der Asylantragsteller dürfen hier bleiben. Die Kamera streift durch Flure und Gesichter von Beamten und Dolmetschern. Die Asylsuchenden bleiben unsichtbar. Ihre Stimmen erzählen von Krieg, Folter, Vergewaltigung. Eine musik- und kommentarfreie Dokumentation, die unter die Haut geht. ("Die Zeit") Der Film eignet sich hervorragend als

Einstieg in den Themenbereich "Asylpolitik".

Er mit dem Deutschen Fernsehpreis 2001 "Beste Reportage" ausgezeichnet.

24.05.2004: Bleiben, wo ich nie gewesen bin

30 Minuten, 2002 von Hilde von Balluseck, Ulrike Hemberger und Rainer Hällfritzsich

Jugendliche Flüchtlinge in Berlin von Hilde von Balluseck, Ulrike Hemberger, Rainer Hällfritzsich

Vier jugendliche Flüchtlinge beschreiben ihren Alltag in Deutschland. Yumna und Adam mußten schon als Kleinkinder Palästina verlassen. Obwohl sie seit über zehn Jahren in Deutschland leben, haben sie nicht die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie ihre Altersgenossen mit deutschem Pass. Selma floh mit ihren Eltern aus Bosnien, Besnik kam ganz alleine erst vor drei Jahren aus dem Kosovo. Sie berichten von ihren Erlebnissen vor und während der Flucht und wie sie sich allmählich hier zurechtgefunden haben. Offen erzählen sie von ihrem Leben in der neuen Heimat, die sie nicht als solche ansehen dürfen und von ihren Träumen für die Zukunft. Der Film entstand aus einem Forschungsprojekt von Professor inHilde von Balluseck, das die Sozialisation der Flüchtlinge untersuchte. Der Film, den die "Werkstatt für interkulturelle Lehrarbeit" auf Basis der Untersuchung produzierte, zeigt Interviews und begleitet die Familien.

28.06.2004: Zivilcourage

45 Minuten, 2002, von Florian von Stetten

Das Selbstverständliche tun. Ein Film von Florian von Stetten über Kirchenasyl.

Mit der Eingrenzung des Asylrechts 1993 häuften sich Fälle von Kirchenasyl: Initiativen, um Menschen Schutz vor Verfolgung zu

geben. In vielen Fällen hat die Polizei einen solchen Schutz gewaltsam beendet. "Beihilfe zum illegalen Aufenthalt" lautet der Vorwurf der Juristen an Geistliche, die Kirchenasyl gewähren. Sich dazu zu entschließen, braucht Mut - auch gegenüber der eigenen Gemeinde. Florian von Stetten hat mit Pfarrerinnen, Pfarrern und Gemeindegliedern, aber auch mit Flüchtlingen und Politikern gesprochen.

"Es geht darum, einem verfassungsrechtlich garantierten Schutzanspruch auch aufzuhelfen, im Grunde, den Staat an seine Aufgabe zu erinnern", sagt Susanne Rößler, Pfarrerin in Düren. Die in der Dokumentation porträtierte kurdische Familie Kolpar hat übrigens nach viereinhalb Jahren Kirchenasyl in Erfurt inzwischen eine auf zunächst zwei Jahre befristete Aufenthaltsbefugnis. Damit ist für sie die ständige Sorge um eine drohende Abschiebung vorläufig beendet.



Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer
Freitags, Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR

19.03.04: Der Orchideen-Dieb (Adaption)

USA, 2003, Regie: Spike Jonze

mit Chris Cooper als John Laroche, Jay Tavare als Matthew Osceola, Nicolas Cage als Charlie Kaufman/Donald Kaufman, Meryl Streep als Susan Orlean

Ein Drehbuchautor soll das Buch einer Bestseller-Autorin über die wahre Geschichte eines Orchideen-Züchters für ein Filmprojekt adaptieren. An dieser Aufgabe, ebenso aber an einer momentanen Existenzkrise sowie seinem mit kommerziellen Stoffen erfolgreichen, jedoch tumben Zwillingbruder verzweifelnd, versetzt er sich schließlich selbst mitten ins Geschehen, das nun dramatische Wendungen erfährt.

26.03.2004: Sein und Haben

Frankreich, 2002, Regie/Buch: Nicolas Philibert

mit Georges Lopez, den Schüler/innen seiner Klasse und deren Eltern

Dokumentarfilm, Originalfilm französisch mit deutschen Untertiteln über eine Dorfschule in den französischen Bergen, wo zwölf Kinder zwischen vier und elf Jahren von einem Lehrer unterrichtet werden. Die oft humorvollen Begebenheiten beim Lernen und Spielen verdichten sich zu einfühlsamen Porträts der Kinder und ihres Lehrers sowie des Lebens auf dem Land, die viel Raum geben, sich an die eigene Kindheit zu erinnern.

02.04.2004: Die Mutter

Großbritannien, Regie: Roger Michell,

Drehbuch: Hanif Kureishi,

Nachdem ihr Mann beim Besuch der erwachsenen Kinder in London gestorben ist, nutzt eine ältere Frau vom Lande die Gelegenheit und bleibt bei der Tochter in der Großstadt. Sie spannt der Jüngeren den Geliebten aus und fungiert als Katalysator, unter dessen Einfluss nach und nach die Lebenslügen und Risse in den Fassaden der Lebensentwürfe der sich bürgerlich gebenden Kinder zum Vorschein kommen. Ein sich ruhig entwickelnder Film mit Bildern von ausgesuchter Schönheit, der der englischen Gesellschaft und der Institution Familie trostlose Befunde bescheinigt.

09.04.2004 und 10.04.2004:

L'Auberge Espagnol - Barcelona für ein Jahr

Frankreich, 2003, Regie: Cédric Klapisch

Mit Romain Duris, Judith Godrèche

Ein Pariser Student geht für ein Jahr nach Barcelona, weil dies für seine Karriere förderlich sein soll. In einer

Wohngemeinschaft mit Kommilitonen aus diversen anderen Nationen erlebt er das europäische Chaos, aber auch die Wirren in seinen Liebesbeziehungen und denen seiner Mitbewohner. Beschwingte Komödie über junge Erwachsene mit liebevoll gezeichneten Figuren und einer Portion Tiefgang, die mit teilweise überraschenden Problemlösungen heiter unterhält.



16.04.2004: 7 Brüder

Deutschland, 2003, Regie: Sebastian Winkels

Dokumentarfilm über sieben Brüder aus Mülheim an der Ruhr, die zwischen 1929 und 1945 geboren wurden und allesamt begnadete Erzähler sind. Jeder von ihnen erhielt einen Tag lang Gelegenheit, vor der Kamera über sein Leben zu sprechen. Das subtil herausgearbeitete Destillat aus den 56-stündigen Aufzeichnungen verblüfft trotz seiner formalen Strenge durch hohe Unterhaltsamkeit, Witz und den weiten Bogen durch ein Dreiviertel Jahrhundert gelebter Geschichte. Hinter den Biografien scheint nicht nur eine verzweigte Familiengeschichte, sondern auch ein facettenreiches Porträt der deutschen Gesellschaft auf.

23.04.2004: Hierankl

Bayern, 2003, Regie: Hans Steinbichler

mit Frank Giering als Paul, Johanna Wokalek als Lene, Alexander Beyer als Vinzenz, Josef Bierbichler als Lukas, Barbara Sukowa als Rosemarie, Peter Simonischek als Götz Nach 17-jähriger Abwesenheit kehrt eine junge Frau auf das abgelegene Gehöft ihrer Eltern am Alpenrand zurück. Der 60. Geburtstag ihres Vaters bringt die Familie sowie einen alten Jugendfreund der Eltern zusammen und stürzt alle Beteiligten in einen Strudel aus verdrängten Erinnerungen, Konflikten und Lügen, was zu tragischem Fehlverhalten und fatalen Entwicklungen führt. Heimatfilm um familiäre Verfehlungen, Schuld und Lust, der beziehungs- und anspielungsreich die Grenzen des Sujets zwischen Tragödie und Kolportage auslotet. Hervorragend gespielt und zum Teil dicht inszeniert.

30.04.2004: Vom Westen unberührt

Frankreich, 2003, Regie: Raymond Depardon

Anfang des 20. Jahrhunderts wird ein junger Nomade in der Sahara von einem Jägerstamm adoptiert. Er wird sesshaft und ein ausgezeichneter Führer durch die Wüste, bleibt aber trotz Heirat und Anerkennung im Stamm ein Mann ohne Familie und ohne Wurzeln, ein Einzelgänger, der sich gegen die Kolonisation und für das freie Leben als Nomade in den Sanddünen entscheidet. Eine in betörenden schwarz-weißen Bildern erzählte philosophisch-poetische Studie über die Faszination der Wüste und eine fast verlorene einfache, märchenhafte Welt.



TERMINE

Do. 18.03.2004, 20:00 Uhr

Antifa Info Abend - IRISCH-REPUBLIKANISCHE SOLIDARITÄT

UJZ-Korn, Kornstr. Hannover

Irischer Nationalismus - offen, integrativ, ja sogar internationalistisch?

Der Konflikt in Nordirland wird hierzulande kaum wahrgenommen. Besonders in Zeiten, wo sich um "antinational" oder "international" in der deutschen Linken herumgestritten wird, wird dieser Konflikt ignoriert: Es gibt einen Krieg mitten in Europa, der zumindest in Deutschland in Vergessenheit gerät.

Bedingt durch das parteienübergreifende "Karfreitagsabkommen" wurde die gesellschaftliche Eskalation reduziert, aber nicht aufgehoben. Bis heute wird der nicht-unionistische Bevölkerungsteil Nordirlands nahezu

täglich von unionistischen Paramilitärs, Polizei oder der britischen Armee terrorisiert. Darüber hinaus werden immer noch alle staatstragenden Institutionen, wie das Polizei- oder Justizwesen von rechtsorientierten pro-britischen Unionisten dominiert. Die Wurzeln des Konfliktes liegen hierbei nicht in religiösen Problematiken - wie oftmals medial suggeriert - sondern in der administrativen und juristischen Verfasstheit Nordirlands. Um über die Hintergründe des Nordirland-Konfliktes zu informieren haben wir die Gruppe "Irish-Republikanische Solidarität" eingeladen, die auch darauf eingehen wird, weshalb sich Nazis vielerorts positiv auf die IRA und die irisch-republikanische Bewegung an sich beziehen, obwohl sich diese eindeutig links positioniert.

Fr. 19.03.2004

UJZ-Korn, Kornstr. Hannover

Britische Punkrock-Institution - abwechslungsreich, hitverdächtig und immer für Begeisterungstürme gut. Support: Schwarz auf Weiss (Ska-Rock aus Bremen)

Fr. 19.03.2004, 20:00 Uhr

Pavillon, Lister Meile 4, Hannover
Vortrag und Diskussion

Die Problematik uranverstärkter Sprengköpfe und die Verstrahlung durch deren Verwendung im Irak

ab So. 21.03.2004

Congress Union Celle, Thaerplatz 1
Ausstellung: Was ist sozial?

"Wer den Antworten unsrer Politiker nicht glauben mag, sollte sich ansehen, wie Deutschlands bekannteste Karikaturisten das Thema behandeln."

Do. 25.03.2004, 19:30 Uhr

Synagoge Celle, Im Kreise 24/26

Jüdisches Leben in Celle, Vortrag von Dr. Silke Lindemann

Fr. 26.03.2004, 20:00 Uhr

CD-Kaserne

Hannoversche Str. 30, Celle
Sonoc de las Tunas

Feurige, kubanische Musik von Salsa, Mambo, Merenge, Rumba bis Cha Cha Cha

Das 11-köpfige Ensemble wurde 1993 auf Kuba in der Provinzhauptstadt Las Tunas im Herzen des "Oriente" gegründet. "Sonoc de las Tunas" tourt seither regelmäßig in Deutschland und dem benachbarten Ausland und hat sich in dieser Zeit zu einer der bekanntesten und begehrtesten kubanischen Formationen entwickelt.

Eintritt: 10,- /VVK 8,70

Fr. 26.03.2004, 21:00 Uhr

Indiego Glocksee, Glockseestr. 35, Hannover

Konzert: Sonic Boom Six & Bad Nenndorf Boys

Sonic Boom Six - Ska Punk aus Manchester/UK



SB 6 mixen Hip-Hop, Reggae, Ragga mit Punkrock. Sie schreiben engagierte Texte und ihre Veröffentlichungen u.a. auf Moonska Records lassen hören, dass SB 6 den wohl zur Zeit interessantesten Sound der aktuellen UK Szene bieten haben. Für ihre Shows gilt das Motto tune in and freak out

Bad Nenndorf Boys - konkreter Ska und Funpunk

7 Leute ursprünglich, welche Überraschung aus dem Landkreis Schaumburg. Sie verbinden ihren extrem tanzbaren Sound mit einer abwechslungsreichen Bühnenshow. Wechselnde Outfits und Mitmachaktionen gehören fest zu ihrem Programm.

Dabei sein lohnt sich! Danach Ska und verwandtes mit den DJ's Frank E. & Meerstein

...tanzen bis zum umfallen

Sa. 27.03.2004, 21:00 Uhr

Buntes Haus,

Hannoversche Str. 30F, Celle

Soli-Konzert für Anti-AKW-Arbeit mit TRASH SOCIETY (Punkrock) + BLOMQVIST (Crossover)

Eintritt: 3,50

Sa. 27.03.2004, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Celle
"All about Emmi"

Emmi, die unwürdige Greisin der deutschen Comedy-Szene ist zurück, zusammen mit ihrer appetitlichen russischen Tastenfachkraft Valentin Willnowsky.

Emmi und Herr Willnowsky - verraten in ihrem neuen Programm all die intimen Details, die ihre Zuschauer seit Jahren zu erfahren hoffen

Eintritt: 6,- / 9,-

Sa. 27.03.2004, 20:00 Uhr

CD-Kaserne

Hannoversche Str. 30, Celle

Irish Folk Festival

Mit: The Keltics, Lack of Limits u.a.

Mi. 31.03.2004, 19:30 Uhr

DGB-Haus, Trift 21, Celle

Attac-Veranstaltung zum Thema Adenda 2010

TERMINE

Fr. 02.04.2004

Aktion gegen Sozialraub vor dem Arbeitsamt.

Kontakt: Tel. CE 90 91 82

Sa. 03.04.2004, 06:00 Uhr

Schützenplatz

Abfahrt des Busses / der Busse zur Demo gegen Sozialabbau in Berlin
Fahrt kostenlos, Anmeldung beim DGB, Trift 21, Celle

Sa. 03.04.2004, 20:30 Uhr

Findelhof, Ziegeleiweg 2, Bockelskamp
Severin Göbner, Kabarett - Ganz im Ernst - ein echter Wiener Künstler
Eintritt: ??

Do. 08.04.2004, 15:00 Uhr

Synagoge, Im Kreise, Celle
Stadtrundgang zur Geschichte Celles im Nationalsozialismus.

Sa. 10.04.2004,

Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30F, Celle
Reggae-Party.

So. 11.04.2004, 20:00 Uhr

Buntes Haus
Hannoversche Str. 30F, Celle
Hannes Loh & Murat Güngör - FEAR OF A KANAKPLANET.
HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap. Buchvorstellung mit anschließender Party. Damit hatte niemand gerechnet, aber das Tabu ist gebrochen: Seit dem Jahr 2001 gibt es in der deutschsprachigen Rapszene erstmals nationalistische Statements. Deutscher HipHop hat sein Gesicht verändert; die Aufbruchsstimmung der Achtziger- und frühen Neunzigerjahre ist verloren gegangen. Damals bauten viele Türken, Afrodeutsche, Jugoslawen, Griechen, Italiener und Deutsche eine Szene auf, in der Herkunft, Hautfarbe und sozialer Stand keine Rolle spielten. Vor allem die Kinder so genannter Gastarbeiter machten mit HipHop nachdrücklich auf sich aufmerksam.
Murat Güngör (selbst ehemaliger Rapper und Mitglied von Kanak Attak) und Hannes Loh (Koautor des Buchs 20 Jahre HipHop in Deutschland) gehen der beunruhigenden aktuellen Dynamik

nach und beschreiben die Entwicklung und Polarisierung der Szene aus einer kritischen Perspektive. Außerdem lassen sie all jene zu Wort kommen, die in der Erfolgsstory des "Deuschrap" bisher nicht gehört wurden.

So. 11.04.2004 bis So. 18.04.2004:

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Internationales Jugendworkcamp
"Spuren suchen - Spuren sichern"
Geschichtsarbeit auf dem Gelände der Gedenkstätte, Gespräche mit ZeitzeugInnen
Kosten: 50,- (inkl. Unterkunft und Verpflegung)
Schulbefreiung für nieders. SchülerInnen ist möglich
Infos: Charly Braun, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover. Tel: 0511 - 456252 oder 1260161, Fax: 0511 - 1260157

Sa. 17.04.2004,

Links Außen! Antifa Cup! Let's play together
Die Antifaschistische Aktion Hannover [AAH] und das Hannover 96 Fanzine Notbremse laden gemeinsam am 17. April 2004 in Hannover zu einem antirassistischen Fussballturnier ein. Neben dem sportlichen Event sind zahlreiche informative und kulturelle Veranstaltungen geplant, Genaueres soll es ab dem 15.03. unter www.antifa-cup.de geben

Sa. 17.04.2004, 20:30 Uhr

Findelhof, Ziegeleiweg 2, Bockelskamp
Frank Sauer, Kabarett - Sauerei! Sauer macht lustig.
Eintritt: ??

So. 25.04.2004, 18:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
"Dieser Teil ist noch in jüdischen Händen."
Ahlem - zur Topographie einer Stätte jüdischen Lebens
Ende der Sonderausstellung der VHS Hannover und des Historischen Seminars der Universität Hannover

Sa. 01.05.2004, 10:00 Uhr

Findelhof, Ziegeleiweg 2, Bockelskamp
Flohmarkt

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 4. Montag im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

z.Zt. unregelmäßig auf Nachfrage

Archiv

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

Plenum

jeden Donnerstag 19 Uhr

Volxküche

jeden Sonntag 18 Uhr

Deutschkurs für MigrantInnen

jeden und Donnerstag
16.30-18.00 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Mittwoch im Monat
20.00 Uhr

Social Forum Celle

Jeden 2. Dienstag und jeden
4. Donnerstag im Monat
20.00Uhr

BastaYa

AntiFa + AntiCastor
jeden Freitag
19:30 Uhr